

## Besprechungen

**Kurt Plachte:** Die heile Welt des Menschen. Überwindung der Krise seiner Existenz. Bern und München 1964. Francke Verlag. 89 S.

Dieser schmale Band will bedächtig gelesen werden. Man nehme sich die Zeit zu einer dem Autor folgenden besinnlichen Lektüre! Auf den ersten Blick scheint der Weg freilich ins Ungewisse zu führen, da von einem „Einstieg in die Welt der Ahnung“ gesprochen wird. Der Verfasser zeigt jedoch, daß auch ein sinnbezogenes Denken methodisch vorgeht. Er veranschaulicht den Erkenntnisweg durch die Analyse eines Gerichtsurteils. Die formal-juristischen Gesichtspunkte reichen nicht aus, „um in einem gerichtlichen Urteil der Sache *und* dem Menschen ‚gerecht‘ zu werden“ (S. 19).

Das Sinnverstehen sucht verständlichen Ausdruck in Gedanken, Worten und Werken. Sprache und Gespräch sind die unmittelbarsten Äußerungen der Besinnung. Das Gespräch ist „die Brunnenstube des Geistes“. „Die Pflege der Sprache ist nicht allein die Kenntnis der Literatur, sondern die Kultur des Gespräches, in dem wir von der sachlichen Verständigung zum sinngemäßen Verstehen und von hier zur Sinn stiftenden Vernunft fortschreiten“ (S. 27).

Geist, Seele und Leib sind in einem untrennbaren Zusammenhang da. „Der ganze Mensch ist lebende Gestalt, genauer: ist vom Geist ergriffene, beseelte Gestalt bis in sein Antlitz, bis in die Hände, die als arbeitende, pflegende, schaffende, liebende, betende oder segnende Hände wunderbar geformt sein können“ (S. 28). Geist ist mehr als Bewußtsein, mehr als Intellekt. Verengt sich das geistige Bewußtsein zur Ratio, „dann fällt die Phantasie als schöpferischer Nährboden der Erkenntnis aus, die Sprache der Bilder wird nicht mehr gehört in ihrer ahnungsträchtigen Tiefe; die Sprache der Begriffe beherrscht allein das Feld, die rationale Erkenntnis scheint der einzige Zugang zur Wirklichkeit zu sein“ (S. 32).

Das Walten des Geistes und der Vernunft — die Vernunft im Sinne *Hegels* verstanden — zeigt sich in der Repräsentation kulturgeschichtlicher Typen, Stile und Symbole. Die Kräfte, die ein soziales Gefüge aufbauen, manifestieren sich in der „Solidarität der Interessen“ und der „Intensität der Ideen“, „in denen jeweils die Gemeinschaft gründet, die eine Gesellschaft trägt, so daß sie die Spannung der Interessengegensätze aushält. So die Idee der Gerechtigkeit und der Freiheit eines Menschentums“ (S. 36).

Die philosophisch-ethische Frage nach dem Sinn und Wesen menschlicher Existenzweise und Lebenspraxis findet — nach der Erfahrung und Überzeugung des Verfassers — ihre letzte Beantwortung nur in

dem Glauben an eine dem Menschen offenbar gewordene Gotteswelt. „Die Gottesfrage ist die Frage *an* den Menschen, der hier nur antwortet, sich verantwortet in seinem Gewissen, in dem er den Rufer und Richter hört. Die Frage des Menschen ist die Frage nach seinem tragenden Existenzgrund. Er tritt damit in die Welt der Ahnung ein. Die Antwort aber auf seine Existenzfrage ist keine menschliche Möglichkeit mehr. Sie ist das Ereignis der Offenbarung“ (S. 85).

Der Gedankengang des Autors ist konsequent. Der Erkenntnisweg führt von der Alltagserfahrung zur wissenschaftlich-rationalen Erkenntnis und von hier zu umgreifender und vertiefender philosophischer Einsicht. Schließlich steht der Fragende vor den letzten Dingen, in denen Grund und Abgrund menschlicher Existenz liegt. Hier kann weder eine wissenschaftliche noch philosophische Diskussion klärend wirken, sondern nur die eigene Glaubenserfahrung mit-sprechen. Der an der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Lebenspraxis interessierte Leser dürfte sich daher mehr der ethischen und kulturphilosophischen Problematik zuwenden. Dieser Bereich ist mannigfach berührt, jedoch — infolge der gedrängten Kürze — nicht so behandelt, wie es dem Thema entspräche. Wie z. B. können die Ideen der Freiheit und Gerechtigkeit zu Leitbildern werden, die gesellschaftlich so interessant und wichtig sind, daß sie Gruppen und Massen bewegen? Gewiß: „Die Ideen leuchten als Sternbilder auf in der Nacht der Geschichte, sie spiegeln sich im tiefen See der Seele. Hier steigt die heile Welt über dem Dasein auf...“ (S. 48). Indessen: Welchen Sinn haben die gestaltenden Ideen? Worin besteht ihre Gestaltungsmacht und ihre Gestaltungswirklichkeit? Eine zweite Auflage dieser Schrift in Kürze ist zu wünschen. Vielleicht könnte der Verfasser dann die kulturphilosophischen und ethischen Probleme einer „heilen Welt des Menschen“ ausführlicher darstellen.

Herbert Schack, Berlin

*Otto Stammer*: Politische Soziologie und Demokratieforschung. Ausgewählte Reden und Aufsätze zur Soziologie und Politik. Aus Anlaß seines 65. Geburtstages herausgegeben von Mitarbeitern und Schülern. Berlin 1965. Duncker & Humblot. XV/359 S.

Nach der von Jürgen *Fijalkowski* unter dem Titel „Politologie und Soziologie“ herausgegebenen Festschrift für Otto Stammer zu dessen 65. Geburtstag (Westdeutscher Verlag, Köln und Opladen 1965) wird dem Jubilar mit dieser von Mitarbeitern und Schülern edierten Auswahl von Reden und Aufsätzen eine abermalige Ehrung zuteil, nun in der Form eigener Werkproben aus den letzten fünfzehn Jahren. Es ist bei der vergleichenden Lektüre beider Bände besonders beeindruckend und reizvoll zu ersehen, daß und wie den dort vereinigten Abhandlungen aus fremder Feder, die in einem breiten Spektrum den Hauptarbeitsgebieten Stammers gewidmet sind, hier ein ganz ins Persönliche gerichtetes Spiegelbild seines Wirkens gegenübergehalten wird, in welchem sich zwei Leitlinien deutlich abzeichnen: „einmal der von Jugend an vorhandene politische Wille, die Er-



richtung einer rechtsstaatlichen, sozialen Demokratie fördern zu helfen und für diese Entwicklung die Kräfte der demokratischen Arbeiterbewegung zu mobilisieren und zu unterstützen; und zum anderen das Bestreben, als akademischer Lehrer, Forscher und als ‚wissenschaftlicher Organisator‘ dazu beizutragen, die theoretischen, methodischen und institutionellen Voraussetzungen für den Aufbau einer politischen Soziologie in Deutschland zu schaffen, d. h. insbesondere auf den Gebieten der Demokratie- und der Totalitarismusforschung Grundlagen aufzuzeigen, wissenschaftliche Arbeiten anzuregen und entweder selbst oder mit anderen gemeinsam durchzuführen und aus dieser Sicht zu vielen aktuellen Fragen des gesellschaftlichen und politischen Lebens ... Stellung zu nehmen“ (S. XI f.).

Die in diesem Buch gesammelten Publikationen Stammers sind in vier Abschnitte gegliedert. Der erste gibt zum Thema „Grundlagen und Aufgaben der politischen Soziologie“ die beiden programmatischen Aufsätze über „Herrschaftsordnung und Gesellschaftsstruktur“ sowie über „Politische Soziologie und Demokratieforschung“ wieder, während im zweiten, „Pluralismus und Demokratie“ betitelten Abschnitt, vornehmlich das Elitenproblem und Fragen der Funktionsfähigkeit „intermediärer Gewalten“ in demokratischen Systemen angeschnitten werden. Der dritte, „Totalitarismus und Diktatur“ benannte Abschnitt, zielt auf die soziologischen und politischen Aspekte monopolisierter Gewaltherrschaft in Massen- und Klassengesellschaften ab, und der vierte Abschnitt umfaßt unter dem Rubrum „Gesellschaft und Politik“ vier bekenntnishafte Essays, die von Stammers Engagement für die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie geprägt sind. Die scharfsinnige Studie über „Marx und die Gesellschaftskrisis der Gegenwart“ läßt hierbei auch den auf ideen- und wirtschaftsgeschichtliche Aufschlüsse reflektierenden unbefangeneren Leser auf seine Kosten kommen.

Alles in allem stellt dieser inhalts- und beziehungsreiche Sammelband wohl noch stärker als sein anthologisierendes Gegenstück unter Beweis, wie sehr der damit Bedachte im Grunde doch der Gebende gewesen und geblieben ist, obzwar diese und andere Zurechnungsfragen jedenfalls auf dem weithin unmarkierten Felde der Politischen Wissenschaft schwerlich entschieden werden können.

Antonio Montaner, Mainz

*Raymund Krisam: Der ‚Mittelstand‘ im hochindustrialisierten Wirtschaftsraum. (Forschungsberichte des Landes Nordrhein-Westfalen Nr. 1538.) Köln-Opladen 1965. Westdeutscher Verlag. 330 S.*

Im Anschluß an eine in einer mittleren Industriestadt des Ruhrgebietes 1957 bis 1959 durchgeführte soziologische Untersuchung über die Zusammenhänge persönlicher Lebensführung und industrieller Arbeitswelt wurde unter Verwendung des dabei erhobenen Materials, ergänzt um spezielle Fragen zu den Struktur- und Nachwuchsproblemen der als mittelständisch angesehenen Gewerbebetriebe, die hier

vorliegende Studie ausgearbeitet. Wenn die 1959 abgeschlossene und teilweise auf noch weiter zurückliegenden Befragungen aufbauende Untersuchung erst jetzt veröffentlicht werden konnte, so mag man dies im Hinblick auf die sich rasch wandelnden Einstellungen und die Beeinflussung der Bevölkerung eines sich gesellschaftlich verändernden Industriestaates bedauern, andererseits kann die Arbeit, die hier in der Sammlung und Auswertung des Materials geleistet wurde, nicht hoch genug eingeschätzt werden.

Zunächst mußte versucht werden, für die unterschiedlich strukturierten Schichten, die gemeinhin als Mittelstand bezeichnet werden, ein gemeinsames Strukturelement zu finden. Die Mobilität könnte diese Aufgabe erfüllen. Da sie jedoch gleicherweise ein Strukturmerkmal der Gesamtgesellschaft ist, wird die Bezeichnung Mittelstand vom Autor stets nur in Anführungszeichen gebraucht. Dieser „Mittelstand“ einer industriellen Kleinstadt am Rande des Ruhrgebiets wird nun im Hinblick auf seine Selbständigkeit, seinen Arbeits- und Betriebsstil, seine Bildung, sein Einkommen, Eigentum, seinen Lebensstil und seine politische und religiöse Verhaltensweise analysiert.

Aus den Antworten, die die Befragten gaben — in einem umfangreichen Anhang sind in Ergebnisfragebogen ein Teil der Fragen und Antworten zahlenmäßig festgehalten —, lassen sich manche interessanten Feststellungen gewinnen, die mit dazu beitragen, unser überkommenes Bild von Verhalten und Denkweise weiter Schichten der Bevölkerung zu revidieren oder doch zumindest allzu leichtfertig gefällten Globalurteilen entgegenzutreten. Interessant ist auch die im 3. Teil durchgeführte Untersuchung des Nachwuchsproblems beim „selbständigen Mittelstand“, verdienstvoll die Auseinandersetzung mit den Kriterien anderer Mittelstandsdefinitionen und die Erläuterung der verwendeten Mittelstandsmerkmale. Selbstverständlich muß bei allen sorgfältig abgewogenen Aussagen dieser Untersuchung beachtet werden, daß sie nur ein wertvoller Beitrag und Baustein für die Erforschung unserer Gesellschaft sind und erst im Vergleich mit anderen gleichgerichteten Untersuchungen eine tiefere Einsicht in das Warum und Wieso unserer Lebensform geben können.

Harald Winkel, Mainz

*Friedrich Lütge: Die wirtschaftliche Situation in Deutschland und Österreich um die Wende vom 18. zum 19. Jahrhundert. Bericht über die erste Arbeitstagung der Gesellschaft für Sozial- und Wirtschaftsgeschichte in Mainz 4.—6. März 1963. Stuttgart 1964. Gustav Fischer. 254 S.*

Die für den Wirtschaftshistoriker besonders interessante Übergangszeit vom Merkantilismus zum 19. Jahrhundert ist von der oben genannten außerordentlich rührigen und von Friedrich Lütge geleiteten Gesellschaft auf ihrer Tagung in Mainz behandelt worden. In dem nun vorliegenden Buche werden die dort gehaltenen Referate (bis auf das einleitende), ergänzt und erweitert u. a. auf Grund der leb-



haften Diskussionsbeiträge, vorgelegt. Ausführlich untersuchen Hermann *Kellenbenz* den deutschen Außenhandel und Wilhelm *Abel* die Land- und Ernährungswirtschaft. H. *Hassinger* beschäftigt sich mit dem „Außenhandel der Habsburgermonarchie“ und außerdem noch mit den „Manufakturen in den deutschen Erbländern der Habsburgermonarchie“. Auf „innenwirtschaftliche Verflechtungen“ als Vorstufen für den späteren Zollverein und die nationalen Einheitsbestrebungen geht Wolfgang *Zorn* ein. Heinrich *Mauersberg* spürt den wichtigen Strukturveränderungen der frühindustriellen Betriebsformen nach, Wolfram *Fischer* deckt die Problematik auf, die in der Erforschung des „innerbetrieblichen und sozialen Status der frühen Fabrikarbeiterschaft“ liegt, und Wilhelm *Treue* führt mit seinem Beitrag „Verhältnis der Universitäten und Technischen Hochschulen zueinander und ihre Bedeutung für die Wirtschaft“ bis zur Gründung der Kaiser-Wilhelm-Gesellschaft im Jahre 1911 hin. Selbstverständlich: Es konnten nicht alle, aber doch wichtige einschlägige Fragen behandelt werden. So bleibt zu hoffen, daß eine spätere Tagung sich wiederum mit dieser Periode beschäftigt, zumal deren Erforschung gerade der Mainzer Tagung viele Anregungen verdankt, und dann das, was erarbeitet sein wird, zu unmittelbarer Diskussion gestellt werden könnte.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Heinrich Schnee*: Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus. Fünfter Band: Quellen zur Geschichte der Hoffaktoren in Deutschland. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 277 S.

Den vier der Darstellung des Hoffaktorentums gewidmeten Bänden dieses groß angelegten und grundlegenden Werkes ist nunmehr als 5. Band eine Auswahl aus den Quellen gefolgt, auf denen Schnee seinerzeit seine Darstellung aufgebaut hatte. Und zwar hat der Verf. dabei ganz Deutschland und Österreich berücksichtigt. Vielfach wird die weitere Forschung sich ganz auf die Publikationen Schnees verlassen müssen, da die Originalquellen durch Kriegseinwirkungen verloren gegangen sind.

Der Inhalt ist sehr mannigfaltig. Da haben wir, um einige Beispiele zu bringen, etwa die Schilderung der pompösen Hochzeit, die 1674 im Hause des Hofjuden Elias Gomperz in Kleve gefeiert wurde und an der auch Fürst Moritz von Nassau und andere hohe Herren teilnahmen (S. 22 f.), oder den so wichtigen Vertrag, den der preußische Staatskanzler v. Hardenberg 1812 für den Staat mit dem Hofjuden Jacob Hertz Beer abschloß, um die aufgelaufenen Schulden zu tilgen (S. 48 ff.), oder den gleich anschließenden Bericht der Henriette Herz über die Berliner Salons, in der geistvolle Jüdinnen den Ton bestimmten und die zeitweise ein Treffpunkt der großen Welt wurden, bis hin zu dem genialen Prinzen Louis Ferdinand (S. 52). Von allgemeinem Interesse ist auch die Äußerung von Bismarcks über sein ihm so oft verdachtetes Verhältnis zu seinem Bankier Bleichröder, der ihm,

wie Bismarck bekennt, die Mittel für den Krieg 1866, „die uns niemand vorschießen wollte“, beschafft hatte. Und — so fügt Bismarck hinzu — „als anständiger Mensch lasse ich mir auch von einem Juden nicht nachsagen, daß ich ihn gebraucht und ihn dann für geleistete Dienste, die ich als Staatsmann hoch veranschlagen mußte, verachtet habe“ (S. 53). Verwiesen sei auch auf den Vertrag betr. Verkauf des säkularisierten Zisterzienser-Nonnenklosters Marienstuhl an Josef Jacobson im Jahr 1809 durch die Regierung Königs Jérôme von Westphalen — als Beispiel für die vielen Verträge ähnlicher Art, durch die Jacobson zu einem reichen Großgrundbesitzer aufstieg (S. 251 ff.). — Zahlreich sind auch die Gesuche von Hofjuden um Schutz, um die Verleihung von Titeln, um die Berücksichtigung bei Lieferungen, Gesuche um Nobilitierungen bis hin zur Erhebung in den Freiherrnstand (S. 43); und umgekehrt finden sich Bewilligungsschreiben, Schutzmaßnahmen, Sorge für Bezahlung von Schulden usw., worunter die Urkunde hervorgehoben sei, mit der Kaiser Franz die Gebrüder Rothschild 1816 in den Adelsstand erhob (S. 125 f.).

Die Lektüre dieses Bandes ist nicht nur belehrend, sondern weitgehend ausgesprochen fesselnd, weil sie ein ungemein lebendiges Bild wesentlicher Züge dieser Zeit vermittelt.

Friedrich Lütge, München

*Heinrich Schnee: Die Hoffinanz und der moderne Staat. Geschichte und System der Hoffaktoren an deutschen Fürstenhöfen im Zeitalter des Absolutismus. Sechster Band: Studien zur Wirtschafts-, Finanz- und Gesellschaftsgeschichte rheinisch-westfälischer Kirchenfürsten im letzten Jahrhundert des alten Reiches. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 252 S.*

Den bereits erschienenen und in dieser Zeitschrift besprochenen fünf Bänden dieses großen Werkes ist nunmehr ein sechster Band gefolgt, auf den hier kurz hingewiesen sei. Er ist, wie auch seine Vorgänger, überwiegend aus dem archivalischen Material heraus gearbeitet und bringt so denn auch eine Fülle von neuen Tatsachen ans Licht.

Im Anschluß an seine Ausführungen im dritten Band des Gesamtwerkes wendet sich der Verfasser im vorliegenden Bande namentlich den Kölner Kurfürsten der letzten Zeit zu. Ein großer Teil des Bandes ist dem Wittelsbacher Clemens August gewidmet, jenem auch als Kunstfreund bekannten geistlichen Fürsten, der als Inhaber von fünf geistlichen Fürstentümern, als „Seigneur de Cinq Églises“, bereits über eine große politische und wirtschaftliche Machtstellung verfügte, diese aber noch durch die hinzuerworbene Stellung des Hoch- und Deutschmeisters des Deutschen Ordens — damit als geistlicher Reichsfürst hohen Ranges — bedeutsam steigern konnte. Die auf S. 25 formulierte Klage über das Fehlen einer modernen Gesamtdarstellung des Ordens ist ja zum Glück durch das kürzlich erschienene, höchst bedeutsame Werk „Der Staat des Deutschmeisters“ von H.-H. Hofmann gegenstandslos geworden.



Dem Gesamtthema entsprechend behandelt der Verfasser insbesondere das Wirken der jüdischen Hoffaktoren an diesem Hofe. Dabei spielt die Finanzierung der Wahl, bei der „douceurs“ in großer Menge eingesetzt wurden, die in dem Falle Clemens August insgesamt an die 1,5 Mill. fl. herankam, eine besondere Rolle. Aber auch die ganze Regierungstätigkeit dieser Kurfürsten ist ohne die intensive Mitwirkung dieser Hoffaktoren nicht vorstellbar. Daß da hohen Gewinnen oft hohe Verluste, ja Bankerotte, gegenüberstanden, gehört zu dem Bilde dieser Zeit.

Ein besonders interessantes Bild bietet auch die Wahl des Erzhertogs Maximilian Franz, des jüngsten Sohnes Maria Theresias, zunächst zum Kurfürsten, dann zum Hoch- und Deutschmeister. Eindrucksvoll sind der Wille zur Entwicklung einer leistungsfähigen Verwaltung und die erzielten Erfolge dieses Hochmeisters dargestellt.

Friedrich Lütge, München

*Gerhard Adelmann: Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung. Ruhrindustrie unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen. Zweiter Band: Soziale Betriebsverfassung einzelner Unternehmen der Ruhrindustrie. Bonn 1965. Peter Hanstein Verlag GmbH. XXIII, 674 S.*

Als Nr. LIV ihrer Publikationen gibt die Gesellschaft für Rheinische Geschichtskunde eine Quellensammlung zur Geschichte der sozialen Betriebsverfassung heraus. Der I., 1960 erschienene Band (Überbetriebliche Einwirkungen auf die soziale Betriebsverfassung der Ruhrindustrie) ist im 83. Jahrgang dieses Jahrbuches, S. 233/34, angezeigt worden. Beide Bände sind, obwohl sie bis zum Ende des zweiten Weltkrieges fortgeführt worden sind, im wesentlichen eine Dokumentation zu der Arbeit von Adelmann über „Die soziale Betriebsverfassung des Ruhrbergbaus vom Anfang des 19. Jahrhunderts bis zum ersten Weltkrieg unter besonderer Berücksichtigung des Industrie- und Handelskammerbezirks Essen“ (Bonn 1962, besprochen S. 230 bis 233, a.a.O.), haben aber auch ihren Eigenwert. Das gilt insbesondere für den II. Band, der die Quellen so darbietet, daß sie eine geradezu spannend zu lesende Darstellung der Sozialgeschichte der acht behandelten Unternehmen (Köln-Neuessener Bergwerksverein; Arenberg'sche Aktiengesellschaft für Bergbau und Hüttenbetrieb; Concordia Bergbau-Aktien-Gesellschaft, Oberhausen; Gußstahlfabrik Fried. Krupp, Essen; Gutehoffnungshütte Oberhausen, deren Steinkohlenbergbau ein besonderer Abschnitt gewidmet ist; Rheinstahl Hüttenwerke, Werk Friedrich Wilhelms-Hütte; Borbecker Zinkhütte; Th. Goldschmidt AG [Chemische Fabrik]) gibt. Jeder dieser neun Abschnitte gliedert sich in: Bemerkungen zur Quellenlage; Geschichtliche Entwicklung des Unternehmens; Belegschaft und Betrieb (Personale Betriebsorganisation); Betriebliche Sozialpolitik, innerhalb des Betriebes und außerhalb des Betriebes. Diese Unterabschnitte sind in allen neun Abschnitten ähnlich aufgegliedert. Unter „Personaler Betriebsorganisation“ findet sich Quellenmaterial über Größe und Her-

kunft, Fluktuation und Dauer der Werkszugehörigkeit der Belegschaft, Unternehmensleitung, Arbeitsordnung, Arbeits- und Betriebsorganisation, Betriebsleitung und Belegschaft, Betriebsvertretung, Gewerkschaftliche Organisation, Streik und Unruhen; unter „Betrieblicher Sozialpolitik außerhalb des Betriebes“: Wohnungs- und Siedlungspolitik, Konsumanstalten, Unterstützungskassen, Werksfürsorge, Förderung der kulturellen und sportlichen Bestrebungen, usw.

Der II. Band enthält ein eigenes Literaturverzeichnis. Die Einleitung für beide Bände befindet sich im I. Band. Ein gemeinsames Namens- und Sachregister soll separat erscheinen. Auch dieser II. Band ist außerordentlich sorgfältig redigiert und verdient dasselbe Lob wie der I. Band.

Otto Kunze, Düsseldorf

*Klara van Eyll*: Die Geschichte einer Handelskammer, dargestellt am Beispiel der Handelskammer Essen. Köln 1964. Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv zu Köln. 167 S.

Es geht der Verfasserin vor allem darum, die Geschichte der deutschen Handelskammer in gesamteuropäischem Zusammenhange zu sehen. Sie bemüht sich zunächst darum, Inhalt und Umfang, d. h. Strukturmerkmale des Begriffes Handelskammer zu erkennen. Sodann überblickt sie die nur aus der jeweils herrschenden Wirtschaftsordnung zu verstehenden Organisationsformen, die von Kaufleuten bzw. Gewerbetreibenden seit dem Mittelalter als freie Vertretungen geschaffen wurden und zu denen seit dem Merkantilismus vom Staate errichtete Verbände hinzukamen. „Die Herausbildung des preußischen Handelskammertypus“ bis zur Gründung der — im strengen Sinne ersten — Kammer Elberfeld und Barmen schließt den ersten Teil des Buches ab. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Geschichte der Kammer Essen. Hier baut die Verfasserin auf einer kurzen Übersicht über die wirtschaftliche Entwicklung von Essen, Werden und Kettwig bis 1840 auf. Ausführlicher verfolgt sie die Gründung der Kammer im Jahre 1840 sowie deren Geschichte zunächst bis 1848, also bis zur allgemeinen gesetzlichen Regelung der preußischen Handelskammern, und anschließend bis 1910, bis zur in einem letzten Abschnitt dargestellten Vereinigung mit der Kammer Mülheim. Insgesamt ist festzustellen, daß das Buch, das aus einer Diplomarbeit erwachsen ist, hätte wesentlich erweitert werden können. Dem steht allerdings — und das gilt für seinen zweiten Teil — entgegen, daß das Archiv der Handelskammer Essen während des Zweiten Weltkrieges verloren gegangen ist.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Franz Decker*: Die betriebliche Sozialordnung der Dürener Industrie im 19. Jahrhundert. Köln 1965. Rhein.-Westfäl. Wirtschaftsarchiv zu Köln. 243 S.

Die Ordnung der menschlichen Beziehungen in Betrieben der Dürener Industrie wird über ein Jahrhundert hin verfolgt. Decker untersucht also einen Raum, der in der Hauptsache nur mittelgroße



und kleine Unternehmen der Textil-, Metall- und Papierbranche besaß und der soziale Spannungen so gut wie nicht kannte. Es kommt Decker darauf an, die mannigfachen menschlichen und sachlichen Einflüsse zu erkennen, die die soziale Betriebsordnung gestalteten, sowie das, was diese Ordnung ausmachte, zusammenzufassen. Er stellt fest, daß in der Regel betriebliche, kaum jemals außerbetriebliche Kräfte wirksam gewesen sind, und das wichtigste Kennzeichen für das gesamte Jahrhundert bleibt der Patriarchalismus der Unternehmer. Diese haben — wie auch Beamte der Gewerbeaufsicht und der Ortspolizei — besonders seit den 40er Jahren soziale Probleme gesehen und zu lösen versucht. Die Arbeiterschaft konnte erst nach der Jahrhundertwende entscheidenden Einfluß gewinnen. Im einzelnen behandelt der Verfasser den Arbeitsplatz (Gebäude, Arbeitsbedingungen und Arbeitsschutz), die Arbeitsorganisation (Betriebsordnung, Arbeitsvertrag, Arbeitszeit, Lohn, Kontrollen, Ausbildung), die Arbeitgeber und Arbeitnehmer sowie die sozialpolitischen Betriebseinrichtungen (u. a. Gesundheitspflege, Wohnungsfürsorge). Das aufschlußreiche Buch gewinnt noch durch seinen wertvollen Anhang mit u. a. statistischem Material und Arbeits- bzw. einschlägigen Polizei-Verordnungen.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Bernhard Kirchgäßner*: Wirtschaft und Bevölkerung der Reichsstadt Eßlingen im Spätmittelalter. Stadtarchiv Eßlingen. 215 S.

*Werner Haug*: Das St.-Katharinen-Hospital der Reichsstadt Eßlingen. Stadtarchiv Eßlingen. 170 S.

*Arbeitsgemeinschaft für reichsstädtische Geschichtsforschung, Denkmalspflege und bürgerschaftliche Bildung e. V.* (Hrsg.): Jahrbuch für Geschichte der oberdeutschen Reichsstädte. Stadtarchiv Eßlingen. 400 S.

Eine Reihe wertvoller Arbeiten, zu denen auch mehrere ungedruckte Dissertationen gehören, trug nach dem Zweiten Weltkriege dazu bei, nicht nur die Geschichte Eßlingens im allgemeinen und die wirtschaftliche und soziale Entwicklung der Reichsstadt im besonderen noch weiter aufzuhellen, als es früher schon geschehen war, sondern weit über die Ortsgeschichte hinaus Entscheidendes zur süddeutschen Stadtgeschichte überhaupt beizutragen.

Im ersten hier angezeigten Buche bietet Bernhard Kirchgäßner, der bereits das Konstanzer Steuerwesen bearbeitet hat, eine fundierte Untersuchung zur Geschichte der Stadtwirtschaft des ausgehenden Mittelalters. Er weist vor allem auf Grund der Eßlinger Steuerbücher, die die ältesten Südwestdeutschlands sind, und der Korrespondenz-Abschriften der Stadtkanzlei nach, daß die Reichsstadt während des 14./15. Jahrhunderts entgegen der bisherigen Meinung doch eine beachtliche wirtschaftliche Entwicklung erlebte. Der Teil A des Buches geht auf das Geldwesen und die Währungsordnungen sowie die umlaufenden Münzen ein, u. a. auf die ungarischen, rheinischen und neuen Gulden, auf die Würzburger, Straßburger und pfälzischen

Pfennige. Teil B stellt die Steuerverwaltung dar, die nach ihrer ursprünglichen Anlehnung an die Stadtkanzlei im ersten Drittel des 15. Jahrhunderts ein selbständiges Amt wurde; hier werden behandelt die Besteuerungsgewohnheiten, die Rechnungslegung und -prüfung sowie die Veranlagung zur Vermögensteuer, der Martini- und Jürgensteuer (fällig am 23. April, am St.-Georgs-Tage), so daß ein geschlossenes Bild der frühesten südwestdeutschen Fiskalbuchhaltung entsteht. Der dritte Teil wertet das reiche Zahlenmaterial in dreifacher Hinsicht aus, in wirtschaftlicher, sozialer und politischer. Hier wird deutlich gemacht, daß das Gesamtsteuervermögen dank der unternehmerischen Initiative des Patriziates und des Bürgertums nach 1360 wuchs, in den 70er und 80er Jahren zwar zurückging, aber unter der Eßlinger Einung, die politische und wirtschaftliche Ziele verfolgte (1418—1434), wieder bedeutend zunahm. Als Quellen des Reichtums werden der Handel mit Wein und Vieh erkannt, ebenso die städtische Barchentrege und die Beteiligungen einiger Eßlinger am Bergbau der Schweiz und des Breisgaues. Im sozialen Bereich fällt auf, daß die führenden Schichten sich durch das Aufsteigen aus unteren Bevölkerungskreisen erneuerten — während des 15. Jahrhunderts haben neue Familien die alten ersetzt — und daß wesentliche Aussagen auch über die kleinen Vermögen, über die städtischen Unterschichten, über die Gäste und die Untermieter gemacht werden können. Mit der Darstellung der Beziehungen Eßlingens zum Reich und zu Württemberg, zu verschiedenen Städten und zu Baden schließt das Buch ab, das weit über eine rein „ökonomische Analyse“ der wirtschaftlichen Entwicklung der Reichsstadt, also über eine allerdings hervorragende Lokalgeschichte hinausführt; denn es wird das umfangreiche statistische Material auf Grund diffiziler numismatischer, geld- bzw. münzgeschichtlicher Untersuchungen mit dem anderer Städte — vor allem mit dem von Konstanz und Nördlingen — eingehend verglichen, so daß die wirtschaftliche Entwicklung des gesamten deutschen Südwestens während des ausgehenden Mittelalters in einem ganz neuen Lichte erscheint. Es darf der Wunsch ausgesprochen werden, daß Kirchgäßner, der auf viele noch zu lösende Probleme hinweist, auch über andere Städte des genannten Raumes ähnliche Untersuchungen vornehmen kann.

Werner Haug hat die Geschichte des St.-Katharinen-Hospitals, die bisher nur oberflächlich bekannt war, in seiner noch von H. E. Feine angeregten Arbeit für die Zeit von der Gründung ab bis zum 16. Jahrhundert umfassend aufgezeichnet und auch die Entwicklung der Nebenspitäler einbezogen. Er stützt sich in erster Linie auf das Archiv des Hospitals, das zu den größten Spezialarchiven Süddeutschlands zählt, dann aber auch auf weiteres ungedrucktes — und selbstverständlich gedrucktes — Material anderer Archive. Die Darstellung setzt mit der ersten Hälfte des 13. Jahrhunderts ein, in der das Spital (vor 1322) als brüderliche Anstalt entstand, die vom Ende dieses Jahrhunderts ab unter den Einfluß des Rates der Stadt geriet, die allmählich verbürgerlichte und die mit ihrem bis zum 16. Jahrhundert stetig wachsenden, über einen weiten Raum verstreuten Grundbesitz sowie mit ihren Hoheitsrechten — das Spital erscheint als Dorf-



bzw. Gerichtsherrschaft, als Leib-, Patronats- und Zehnherrschaft — schließlich den „Kern der städtischen Wirtschaft“ bildete. Nach der durch Pläne und Bilder unterstützten Darstellung der Geschichte der Gebäude des Spitals geht Haug ausführlich auf den „Anstaltsbetrieb“ ein, auf die Verwaltungsorgane, die Schichten der Fürsorgeempfänger, die Seelsorge und die Lebensordnung im Hause. Besonders wichtig ist das Kapitel, das die Führung dieses „größten städtischen Wirtschaftsbetriebes“ behandelt, der allerdings seiner ursprünglichen fürsorglichen Aufgabe entfremdet wurde und in der Finanzwirtschaft der Stadtverwaltung eine wachsende und entscheidende Rolle spielte. Ein Überblick über den Niedergang des Spitals schließt die Untersuchung ab, die nicht nur für die Geschichte der Reichsstadt selbst, sondern für die Geschichte des deutschen Hospitalwesens im allgemeinen und besonders für die Stadtwirtschaft des ausgehenden Mittelalters Grundlegendes vermittelt.

Der Titel des Jahrbuches der Geschichte für oberdeutsche Reichsstädte macht deutlich, welches Ziel — orientiert am Hansischen Geschichtsverein — mit den Studien verfolgt und welcher Weg vor allem dank der Initiative des Stadtarchivars und Schriftleiters Otto Borst eingeschlagen wird: koordinierte Forschung der süddeutschen reichsstädtischen bzw. kommunalwissenschaftlichen Geschichte. Damit bedeutet das Jahrbuch mit seinen wertvollen Beiträgen gerade für den Wirtschafts- und Sozialhistoriker eine außerordentliche Bereicherung, die auch deshalb dankbar aufgenommen wird, weil sie in einem Besprechungsteil, der nach einzelnen Forschungsbereichen gegliedert ist, u. a. die z. T. doch schwer erfaßbaren Veröffentlichungen berücksichtigt.

Eberhard Schmieder, Berlin

*Josef Lingnau:* Das System sozialer Hilfeleistungen für die Bergarbeiter in der Knappschaftsversicherung des Ruhrbergbaus 1767 bis 1961. Köln und Opladen 1965. Westdeutscher Verlag. 167 S.

Die historisch angelegte Untersuchung erfaßt das System der sozialen Sicherheit für Bergleute nach drei gleichgeordneten Prinzipien: dem arbeitsintentionalen, dem sozialen und dem existentiellen. Nach Meinung des Rezensenten müßte das existentielle Prinzip den beiden anderen übergeordnet sein. Neben die verbale Darstellung der Sicherungsmaßnahmen tritt ein graphisches Modell, das für Gefährdungspunkte, Hilfeleistungsgruppen und Einzelleistungen Zahlenkombinationen festlegt und die Entwicklung der sozialen Sicherung in 15 Tabellen Anhang verschlüsselt wiedergibt. Ein Vergleich der Tabellen zeigt schon vom Optischen her die vom Verfasser dargestellte „quantitative und qualitative Expansion“ des Systems.

Der Verfasser behandelt sein Thema erschöpfend. Bei der Klärung des soziologischen Hintergrundes geht er allerdings über erste Ansätze nicht hinaus.

Rochus Castner, Nürnberg

*Erich Schneider* (Hrsg.): Wirtschaftskreislauf und Wirtschaftswachstum. Carl Föhl zum 65. Geburtstag. Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). IV, 224 S.

Freunde, Kollegen und Schüler haben Carl Föhl zu seinem 65. Geburtstag am 2. August 1966 diese schöne Festschrift gewidmet, um damit — wie der Herausgeber Erich Schneider in seinem Begleitwort eingangs sagt — „dem wissenschaftlichen Lebenswerk eines Mannes Dank und Anerkennung zu bezeugen, der in mehr als einer Beziehung der ökonomischen Theorie und der praktischen Wirtschaftspolitik neue, fruchtbare Wege gewiesen hat“. Aus dem literarischen Schaffen des Jubilars, der schon als junger Diplom-Ingenieur mit energiewirtschaftlichen Veröffentlichungen von sich reden machte und erst 1935 sein wirtschaftswissenschaftliches Studium an der Berliner Wirtschaftshochschule aufnahm, haben vor allem seine Dissertation aus dem Jahr 1937 — das 1955 in zweiter Auflage erschienene Buch „Geldschöpfung und Wirtschaftskreislauf“ — sowie seine pointierten finanzwissenschaftlichen Aufsätze „Kritik der progressiven Einkommensbesteuerung“ und „Das Steuerparadoxon“ (Finanzarchiv 14/1953 und 17/1956) viel zustimmende und fortwirkende Resonanz gefunden. 1954 ernannte die Universität Tübingen den lange Zeit eng mit der Wirtschaftspraxis verbundenen vielseitigen Gelehrten zum Honorarprofessor, und seit 1963 hat Föhl ein Ordinariat für Theorie der Wirtschaftspolitik an der Freien Universität Berlin inne.

Mögen die Ausgangspunkte der Mitautoren dieser Festgabe auf den ersten Blick auch recht verschiedenartig erscheinen, so klingen doch in allen Artikeln die Leitthemen an, die Föhls Lehr- und Forschungsleistung ihr Gepräge gegeben haben. Der gebotenen Kürze wegen muß es diese Buchanzeige bei der Aufzählung der Abhandlungen und ihrer Verfasser bewenden lassen: Carl Föhl zum 65. Geburtstag (*Erich Schneider*); Volkswirtschaftliches Wachstum und weltwirtschaftlicher Geldkreislauf (*Helmut Arndt*); Wirtschaftliches Wachstum und Kapitalbildung (*Paul Binder*); Spekulationen über die Entwicklung der Einkommens- und Vermögensverteilung auf sehr lange Sicht (*Gottfried Bombach*); Einige Gedanken zum Thema: Öffentliche Finanzen im Wirtschaftswachstum (*Heinz Haller*); Bemerkungen zu Wachstums- und Verteilungseffekten privater und öffentlicher Investitionen (*Harald Jürgensen*); Prognose der Anlageinvestition (*Wilhelm Krelle*); Was kostet Vermögensbildung der Arbeitnehmer? (*Oswald von Nell-Breuning*); Der Zeitbegriff in der Wirtschaftstheorie (*Alfred E. Ott*); Zur Analytik von Ablaufprozessen (*Andreas Paulsen*); Ökonomische Interpretation der ersten und zweiten Goldenen Regel der Akkumulation (*Carl Christian von Weizsäcker*); Die Bedeutung unterschiedlichen Wirtschaftswachstums in den einzelnen Wirtschaftszweigen für die Lohnpolitik (*Siegfried Wendt* †); Zum Erlös-Kosten-Diagramm (*Michael Bolle*, *Henning Brekenfeld*, *Manfred Dittmar*, *Klaus Engelke* und *Manfred Hennies*). Ein Autorenregister gibt die personalen und mittelbar die werkanalytischen Be-



züge dieses Symposions wieder und trägt dazu bei, den fachsystematischen Standort Föhls gleichsam im biographischen Kennlinien-Verfahren auszuloten.

Antonio Montaner, Mainz

**Hans Hirsch:** Alfred Marshalls Beitrag zur modernen Theorie der Unternehmung. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 228 S.

Diese Hamburger Habilitationsschrift gibt die unternehmungs- und preistheoretischen Leistungen Marshalls in einer dogmatisch systemgerechten analytisch-kritischen Zusammenfassung wieder, die in der deutschsprachigen Literatur bisher fehlte. Eine solche Sonderstudie des Kernbereichs in Marshalls wirtschaftstheoretischem Lehrwerk aus den Quellen selbst ist um so nützlicher, als in vollständiger deutscher Übersetzung nur seine „Principles of Economics“ sowie sein „Memorandum on Fiscal Policy of International Trade“ vorliegen und Interpretationen aus zweiter Hand naturgemäß eine eigene und zuweilen entstellende Auswahl und Gewichtung von Teiltheoremen üben. Dieser Neigung hat Hirsch, soweit der Rezensent zu urteilen vermag, nirgends nachgegeben.

Ausgehend vom Problem des Angebots bei den Klassikern und in der Grenznutzenschule umreißt der Verfasser die Entwicklung der Grenzproduktivitätstheorie von *Cournot* und *Thünen* bis zu *Wieser* und schildert hierauf im einzelnen die von *Marshall* erzielten Fortschritte in der Grenzproduktivitäts-, Grenzkosten- und Preisanalyse auf kurze und lange Sicht. In anschaulicher und überzeugender Weise wird sodann Marshalls Theorie des Normalpreises bei sinkenden Kosten erläutert und auf ihre Folgerichtigkeit geprüft, ohne daß sich beim Nachweis der darin vorhandenen Lücken und Widersprüche rückwirkende Fehlurteile ergeben würden. Das Schlußkapitel befaßt sich mit der Stellung des Unternehmergewinns und der Unternehmerleistung im Theoriengebäude Marshalls, während im Anhang eine kursorische Auseinandersetzung mit der Preistheorie von *Auspitz* und *Lieben* dargeboten wird, die ein Jahr vor Marshalls „Principles“ erschien und in ihrem gleichfalls marginalanalytisch-mathematischen Zuschnitt nur geringen Anklang fand.

Im ganzen gesehen vermittelt dieser werkgeschichtlich vorlagegetreu rekonstruierende Forschungsbericht ein eindrucksvolles Bild von einer der bedeutsamsten Persönlichkeiten und Wegstrecken nationalökonomischer Bewährung zwischen Tradition und Fortschritt.

Antonio Montaner, Mainz

**Alfred Oxenfeldt und Vsevolod Holubnychy:** Economic Systems in Action. The United States, the Soviet Union, and France. Third edition. New York-Chicago-San Francisco-Toronto-London 1965. Holt, Rinehart and Winston, Inc. VII und 264 S.

Unter den vielen amerikanischen Veröffentlichungen, die in den letzten zwei Jahrzehnten zum Thema „Comparative Economic Sy-

stems“ erschienen sind, gehört Oxenfeldts und Holubnychys Buch zu den verbreitetsten. Von den früheren Ausgaben unterscheidet sich diese dritte Auflage darin, daß sie nur noch — aber desto ausführlicher — die Wirtschaftssysteme der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion und Frankreichs behandelt, während das Vereinigte Königreich, China und die osteuropäischen Länder nunmehr ausgelassen wurden. Nach einer kurzen Einführung in die Ziele, Methoden und Maßstäbe einer solchen systemvergleichenden Wirtschaftskunde entwerfen die Verfasser jeweils zunächst ein Gesamtbild der drei Wirtschaftsverfassungen und ihrer ordnungspolitischen Leitideen und berichten sodann eingehend über die Organisation des Wirtschaftsablaufs. Dabei kommt das ganze Arsenal markt- und zentralverwaltungswirtschaftlicher Steuerungsmechanismen sowie planifizierter Mischsysteme in seinen für Theorie und Wirtschaftspolitik belangreichen Kontrasten und Schattierungen gut zum Vorschein. Wo für die Hauptkriterien dieses Typenvergleichs (Produktions- und Verbrauchsentwicklung, Einkommensverteilung, Staatseinnahmen und -ausgaben, Außenhandel) Zahlenmaterial zur Verfügung steht, wird hiervon in wohlbedachter Auswahl Gebrauch gemacht. Trotz aller Behutsamkeit beim Sammeln und Aufbereiten der sozialwirtschaftlichen Daten ist es hin und wieder — besonders dort, wo eine solche Topographie in ideologische Definitionen einmünden muß und Meinungen über Tatsachen kundtut — zu anfechtbaren Vereinfachungen gekommen, wie etwa jener S. 167 ff. vertretenen These, daß die französische „planification“ schlechthin als „Middle Way Economy“ neuesten Zuschnitts anzusehen sei. Hier wie auch in der Vorliebe für technologische Kategorien zeigt das Buch, stellvertretend für die ganze Literaturgattung, seine institutionalistische Herkunft und Absicht: „We must always keep in mind that every economy is an organic whole in which the consequences of every arrangements depend largely upon the character of all other arrangements“ (S. 6). Dabei muß natürlich in Rechnung gestellt werden, daß hier Amerikaner für Amerikaner geschrieben haben; dies erklärt auch den Loyalitätsappell S. 1: „A socialist in the United States can be as patriotic and as dedicated to public service as a person who believes in capitalism.“ Antonio Montaner, Mainz

*François Bochud* (Hrsg.): *Fundamentale Fragen künftiger Währungspolitik*. Frankfurter Gespräch der List Gesellschaft 5.—6. März 1965. Basel u. Tübingen 1965. Kyklos-Verlag u. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). 230 S.

Das Gespräch der List Gesellschaft ist drei währungspolitischen Problemen gewidmet. Zur Frage der Goldpreiserhöhung legen *Harrod* und *Heilperin* in Gutachten die mittlerweile wohlbekannten Gründe dar, die ihrer Ansicht nach für eine solche Maßnahme sprechen; in der weiteren Schlußfolgerung gehen sie allerdings völlig verschiedene Wege. In bewundernswert knapper und prägnanter Form vertritt *Lutz* in seinem Referat die Gegenposition.



Zum zweiten Problem „Flexible Wechselkurse?“ steuert *Baffi* einen Überblick über die Erfahrungen in Italien (1958—1965) bei. *Sohmen* klärt in seinem Referat zunächst die Begriffe fixierte — flexible Wechselkurse und bringt anschließend die Vorteile flexibler Kurse sehr eindrucksvoll zur Geltung.

Der Generaldiskussion liegen drei Gutachten zugrunde. *Haberler* gibt in „Money in the International Economy“ einen allgemeinen Überblick; L. A. *Hahns* Ausführungen gipfeln in der pessimistischen Prognose, daß wir mangels grundlegender Reformen einem „gemischt-inflatorisch-zwangswirtschaftlichen“ System entgegengehen; in *Sohmens* Darlegungen verdient vor allem der Nachweis hervorgehoben zu werden, daß einem Übergang zu flexiblen Wechselkursen keine rechtlichen Einwände im Wege stehen. Überaus interessante Gedanken zeichnen das Referat von *Giersch* über „Marktintegration, Wechselkurs und Standortstruktur“ aus.

Dem letzten Problem, einer europäischen Währungsunion, sind zwei Gutachten (*Uri, Salin*) gewidmet. *Salins* Blick in die europäische Zukunft räumt mit einigen weitverbreiteten Mißverständnissen über das Wesen einer Währungsunion auf.

Bei der Vielzahl und Originalität der Diskussionsteilnehmer könnte ein konkretes, einhelliges Ergebnis von vornherein nicht erwartet werden. Die „Mischung“ zwischen Experten aus Wissenschaft und Praxis führte die Argumentation jedoch sehr schnell auf die Probleme der allgemeinen Wirtschaftspolitik, ja der Politik schlechthin, mit denen letztlich der ganze Komplex der Währungspolitik belastet ist. Damit wird aber zusehends klarer, daß der Grund für die weite, zunächst fast unverständlich erscheinende Diskrepanz zwischen den einzelnen Reformvorschlägen vorwiegend bei der unterschiedlichen Einschätzung wirtschaftspolitischer und allgemein politischer Ziele zu suchen ist. Vielleicht liegt in dieser Einsicht der einzige Ansatz, doch noch zu einer grundlegenden Reform des internationalen Währungssystems zu kommen.

Otmar Issing, Erlangen-Nürnberg

*Alfred Bosch und Reinhold Veit: Theorie der Geldpolitik. Tübingen 1966. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). IX/104 S.*

Zu den Thesen, die in dem Buch vertreten werden, gehört, daß das Preisniveau eines einzelnen Landes bei festen Wechselkursen und bei Konvertierbarkeit der Währungen weltweit determiniert und daher eine Stabilisierung des Preisniveaus im nationalen Rahmen nicht möglich sei, ferner daß sich der Zahlungsbilanzausgleich im allgemeinen auch ohne Hilfe der Fiskalpolitik durch Kontraktion oder Expansion der Geldmenge erreichen lasse.

Ihrem Ausgangsmodell legen die Verfasser die Annahme zugrunde, daß die am Welthandel beteiligten Länder nur internationale Güter homogener Art produzieren und es vollständige Konkurrenz im Handel zwischen den Ländern gibt. Auf die Unhaltbarkeit dieser Prämisse und die darauf folgende Weltfremdheit der Folgerungen der Autoren

ist Klaus Rose in seiner Besprechung des Buches näher eingegangen (Ordo, Band XVIII). Gegenüber anderen, das Buch charakterisierenden Ausführungen sind nicht weniger schwerwiegende Einwendungen zu erheben.

Da das Ziel einer Stabilisierung von Preisniveau und Beschäftigung unter einem Regime der festen Wechselkurse mit Erfolg nur von den Ländern in ihrer Gesamtheit angestrebt werden könne, es bisher aber noch keine Instanz gebe, die verantwortlich für das System als ganzes handle, müsse „man es weitgehend als eine Sache des Glücks ansehen, daß seit dem zweiten Weltkrieg die Gefahr einer weltweiten Arbeitslosigkeit nicht akut geworden ist und daß man es bisher nur mit dem Übel einer allgemeinen schleichenden Dauerinflation zu tun hatte“ (S. 93).

Die Verfasser sprechen von einer „Vollbeschäftigungsgeldmenge“, die der Zentralrat, bestehend aus den Zentralbankpräsidenten der ökonomisch bedeutendsten Länder der freien Welt, laufend zu ermitteln habe. Der Zentralrat habe zu gewährleisten, daß alle Länder jederzeit darauf hinwirken, ihr Geldangebot in Übereinstimmung mit ihrem Geldbedarf zu halten. Bisher handelten die einzelnen Länder dagegen autonom „und unter einem fast vollständigen Mangel an Koordination“ (S. 94).

Nicht einmal für eine geschlossene Nationalwirtschaft ließe sich im voraus ermitteln, welches die „Vollbeschäftigungsgeldmenge“ ist. Der Geldbedarf, dessen Befriedigung zur Verwirklichung und zur Wahrung von Vollbeschäftigung notwendig ist, ändert sich ständig. Es kann Arbeitslosigkeit bei reichlicher und knapper Liquidität geben. Überdies sind einige Schwankungen in der Beschäftigungslage anderer Zielsetzungen wegen nicht zu vermeiden. Trifft es überdies zu, wenn auch nur bei wirklichkeitsferner Annahme vollständiger Konkurrenz in der ganzen Welt, daß in den Ländern mit niedrigen Lohnkosten je Produkteinheit die Löhne via wage-drift auf die dem Weltmarktpreisniveau entsprechende Höhe angehoben werden (S. 97)? Unterschiede in der Kapitalintensität sowie den Kapital- und Transportkosten bewirkten selbst in diesem Fall verschiedene Löhne. Ein Welt-Zentralbankrat hätte eine Weltregierung zur Voraussetzung mit etwa soviel wirtschafts- und finanzpolitischen Kompetenzen, wie sie die Zentralregierung eines Bundesstaates besitzt.

Die Verfasser wollen der Praxis zur Lösung sehr vielschichtiger Probleme Empfehlungen geben — also nicht allein Zusammenhänge an stark vereinfachenden Modellen klären. Mit den daraus sich ergebenden Schwierigkeiten sind sie aus mehreren Gründen nicht recht fertig geworden:

Erstens sind die Prämissen nicht stets so ausgewählt, daß sie die Erörterung wirklichkeitsnaher Fälle gewährleisten. Zweitens wird bei der Würdigung von Modellergebnissen bisweilen nicht hinreichend deutlich auf entscheidende Annahmen verwiesen. Drittens werden mitunter Modifikationen in ihrer Bedeutung unterschätzt, die sich nach Aufhebung abstrahierender Annahmen ergeben.

Rudolf Meimberg, Mainz



*Dimitrios J. Delivanis*: Die internationale Liquidität. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 94 S.

Das Problem der internationalen Liquidität hat in der letzten Zeit zunehmendes Interesse unter den Nationalökonomen gefunden. So ist in den vergangenen Jahren eine Vielzahl von Publikationen erschienen, die sich unter verschiedenen Aspekten mit dieser Fragestellung auseinandersetzen. Unter den relativ nicht zahlreichen Buchveröffentlichungen zu diesem Thema ragt das zur Rezension vorliegende Buch durch große Sachkenntnis und umfassende Erörterung des Gegenstandes hervor.

Delivanis behandelt einführend zunächst die internationalen Zahlungen und die Quellen der internationalen Liquidität. Der Bedarf an internationaler Liquidität hängt entscheidend ab von den notwendigen internationalen Zahlungen; die sich aus ihnen bildenden Auslandsguthaben ergeben wiederum eine wesentliche Quelle der internationalen Liquidität.

In den beiden Hauptteilen werden sodann die Störungen in den internationalen Zahlungen sowie verschiedene Sonderfragen der internationalen Liquidität diskutiert. Im ersten Hauptteil geht Verf. zunächst auf das Problem unzulänglicher Liquidität in konjunkturellen Wechselagen und seine Lösung ein. Die weiteren Kapitel des Abschnitts sind den Faktoren des Angebots an Reservewährungen, insbesondere an Dollar, und ihrer Bedeutung für die internationale Liquidität gewidmet. Im zweiten Hauptteil werden Sonderfragen der internationalen Liquidität in Kapiteln dargestellt, die im Gegensatz zum vorhergehenden Hauptteil keinen unbedingten logischen Zusammenhang aufweisen. Vor allem geht es hier um die Beschreibung von einzelnen Faktoren der internationalen Liquidität: Die durch die öffentliche Hand verursachte Nachfrage- und Kosteninflation, die Bildung von Währungszonen, die Bildung einer Vertrauenskrise und die Abwertung einer Reservewährung. Verschiedene Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Liquidität werden eingehend gewürdigt.

Am Anfang des Hauptabschnitts wird der Einfluß der internationalen Liquidität auf die wirtschaftliche Entwicklung der Entwicklungsländer untersucht.

Im ganzen stellt sich das Buch als eine Beschreibung einer Anzahl wesentlicher Faktoren der internationalen Liquidität dar — und es macht damit deutlich, wie diffizil das Problem der internationalen Liquidität und seiner Lösungsversuche ist. Ergänzt wird die Darstellung durch die Behandlung einer Reihe von Gegenwartsproblemen, die wiederum oft mit Hilfe von historischen Reminiszenzen aus der jüngsten Vergangenheit erläutert werden.

Der an sich ausgewogene Text läßt leider eine ausführlichere Diskussion des Begriffes der internationalen Liquidität vermissen. Auch die Pläne und Maßnahmen zur Verbesserung der internationalen Liquidität hätten, so gut die besprochenen Maßnahmen dargestellt und kritisch beleuchtet worden sind, eine umfassendere Beachtung verdient.

Dank der Beschreibung von vielen Fakten und Zusammenhängen, die man in der relevanten Literatur nicht behandelt findet, stellt das Buch jedoch eine wertvolle Ergänzung des Schrifttums zum Problem der internationalen Liquidität dar. Hans Kasten, Frankfurt/M.

*Herbert Michel: Zur Beeinflussung des Wachstumsprozesses einer Volkswirtschaft durch staatliche Maßnahmen. Berlin und Frankfurt am Main 1965. Verlag Franz Vahlen. 109 S.*

Mit zunehmender Staatstätigkeit kommt der Frage nach dem Einfluß staatlicher Maßnahmen auf die Wachstumsrate der Volkswirtschaft erhöhte Bedeutung zu. Dieses Problem ist in der Wachstumstheorie bisher weitgehend ausgeklammert worden, was nicht zuletzt darauf zurückzuführen ist, daß die meisten Wachstumsmodelle auf eine Wirtschaft ohne staatliche Aktivität abstellen. Die vorliegende Arbeit verfolgt das Ziel, diesen Mangel zu beheben.

Im ersten Teil über „Wachstumstheoretische Grundlagen“ bringt Michel einen knappen Überblick über die Wachstumsmodelle, die im Anschluß an *Keynes* entwickelt worden sind. Er geht von dem Gedanken aus, daß ein Wachstumsmodell, auf dessen Grundlage sein Spezialproblem untersucht werden kann, „neben dem Konsum- bzw. Sparverhalten der Haushalte und einer Gleichgewichtsbedingung auch das Investitionsverhalten der Unternehmer mit enthalten sollte“ (S. 28). Da alle diese Gesichtspunkte im (erweiterten) Harrod-Modell berücksichtigt sind, kommt der Verfasser — nach Abwägung einiger Gegenargumente — zu dem Ergebnis, „daß sowohl theoretische wie auch empirische Gründe die Annahme eines Grundmodells vom Harrod-Domar-Typ als sinnvoll erscheinen lassen“ (S. 29). Daß dadurch auf die endogene Erklärung des technischen Fortschritts und der Faktorsubstitution verzichtet wird, nimmt der Verfasser in Kauf. Ob das vertretbar ist, muß bezweifelt werden; gerade staatliche Maßnahmen sind geeignet, den technischen Fortschritt und das Faktoreinsatzverhältnis zu beeinflussen. Diese Aspekte können aber in dem gewählten Modell — wie sich später zeigen wird — nicht berücksichtigt werden.

Der zweite Teil der Arbeit enthält zunächst einige kritische Bemerkungen zu Theorien, die sich mit der Frage des Einflusses staatlicher Maßnahmen auf die Wachstumsrate befassen. Hierbei handelt es sich in erster Linie um Beiträge von J. G. Gurley, E. C. Brown und R. A. Musgrave. Diese Ansätze gehen ohne Ausnahme davon aus, daß das Einkommen und die Kapazität dieser Periode eine Funktion des Einkommens der Vorperiode sind. Daraus ergibt sich eine Abhängigkeit zwischen Einkommens- und Kapazitätswachstum dergestalt, daß sich die Kapazitätswachstumsrate stets gegen die Einkommenswachstumsrate hin bewegt, bis beide übereinstimmen. An Hand dieses einfachen Modells fragt Michel, welche Einflüsse von einem ausgeglichenen und unausgeglichenen Budget ausgehen. Dabei stellen sich die bekannten Ergebnisse ein, daß die Bildung oder Vergrößerung



eines Budgetdefizits die Einkommenswachstumsrate steigen läßt, während Budgetüberschüsse die umgekehrte Wirkung auslösen.

In dem folgenden — umfangreichsten — Teil der Arbeit untersucht Michel die Wirkungen, die von der Veränderung einzelner Budgetposten auf den Wachstumsprozeß einer Volkswirtschaft ausgehen. Zu diesem Zweck wird zunächst ein Grundmodell entworfen, das sich aus einer Definitionsgleichung für das Volkseinkommen, mehreren Verhaltensgleichungen und einer Gleichgewichtsbedingung zusammensetzt. Nachdem alle Beziehungen zwischen den Kreislaufgrößen erfaßt sind, gelingt es, die Wachstumsraten in Abhängigkeit von den Strukturparametern der Wirtschaft (Konsum- und Investitionsquote, Steuer- und Subventionssätze, Ausgabenquote usw.) darzustellen. Dabei unterscheidet Michel drei Wachstumsraten (S. 75): 1. die Wachstumsrate des Volkseinkommens, bei der die geplante Ersparnis gleich der geplanten Investition ist; 2. die Wachstumsrate der Produktionskapazität; 3. die Wachstumsrate des Volkseinkommens, bei dem alle arbeitsfähigen und arbeitswilligen Wirtschaftssubjekte beschäftigt sind (gleich der Vollbeschäftigungswachstumsrate). Die Wirkung einer Änderung der genannten Parameter auf den Wachstumsprozeß läßt sich formal einfach ermitteln: Die Bestimmungsgleichungen für die Wachstumsraten werden nach den einzelnen Parametern (partiell) differenziert. Man kann so aufzeigen, welche Wirkungen *ceteris paribus* von der Veränderung einzelner Budgetposten ausgelöst werden. Dabei beschränkt sich Michel auf die quantitativ wichtigsten Posten und zeigt, daß und wie sowohl über die Einnahmen- als auch über die Ausgabenseite des Budgets der Wachstumsprozeß beeinflußt werden kann. Nach einer Zusammenfassung der wichtigsten Ergebnisse schließt die Arbeit mit Überlegungen über die praktische Anwendbarkeit und die wirtschaftspolitischen Konsequenzen dieser Resultate.

Die Arbeit überzeugt durch ihre klare und anschauliche Darstellung; die vorhandene Literatur zum untersuchten Problem ist weitgehend berücksichtigt worden. Im Rahmen der gewählten Prämissen sind Michels Herleitungen schlüssig. Gleichwohl wird manches Ergebnis den Leser überraschen, was an einem typischen Beispiel gezeigt werden soll: Bei der Untersuchung der Exportsubventionen und Zölle stellt der Verfasser fest (S. 80), daß eine Erhöhung der Zollsätze *ceteris paribus* die Wachstumsrate des Einkommens vergrößere. Dieses Ergebnis ist nicht ohne weiteres in Einklang zu bringen mit den Erkenntnissen der Außenhandelstheorie. Der Widerspruch klärt sich schnell auf, wenn man weiß, daß Michel von der Voraussetzung ausgeht, daß die Zölle den Import reduzieren und damit einen Aktivsaldo der Leistungsbilanz hervorrufen, der wachstumsfördernd wirkt. Wenn man allein diese Zollwirkung im Auge hat, ist das Ergebnis vertretbar. Geht man jedoch — was sicher realistischer ist — einen Schritt weiter und berücksichtigt auch die durch den Leistungsbilanzsaldo ausgelösten Anpassungsprozesse und die damit verbundenen Faktorbewegungen, so kommt man zum umgekehrten Ergebnis: Die

Zölle führen zu einer unproduktiveren Verwendung der Produktionsfaktoren, was wachstumshemmend wirkt. Hier wird der bereits erwähnte Mangel deutlich, daß das gewählte Modell die Wirkungen von Faktorsubstitutionen endogen nicht erklären kann. Außerdem gilt Michels Herleitung nur unter der strengen *ceteris-paribus*-Klausel, wonach eine Änderung eines Parameters (hier: des Zollsatzes) die übrigen unverändert läßt. Es ist aber durchaus denkbar, daß sich bei Zollerhöhungen noch andere Parameter ändern; wie in diesem Fall die Wachstumsrate beeinflußt wird, läßt sich an Hand des Modells von Michel nicht mehr eindeutig erklären. Ähnliche Bedenken und Argumente ergeben sich gegen manches andere Ergebnis (S. 77 ff.). So zeigt sich an vielen Stellen der Arbeit, daß die hergeleiteten Zusammenhänge zwischen staatlichen Maßnahmen und Wachstumsrate unter recht restriktiven Bedingungen stehen und deshalb kaum als Richtschnur für wirtschaftspolitische Entscheidungen geeignet sind. Damit wird der Wert der sorgfältigen Arbeit als einer theoretischen Untersuchung nicht geschmälert. Das Verdienst Michels besteht in erster Linie darin, für ein bisher in der Literatur nur spärlich behandeltes Problem einen Lösungsansatz entwickelt zu haben, der auch für weitere Untersuchungen richtungweisend sein kann. Der nächste Schritt sollte darin bestehen, das einfache Modell zu erweitern und die Verhaltensgleichungen unter realistischeren Prämissen aufzustellen.

Rolf Peffekoven, z. Z. Washington

*Carl-Heinz Tretner: Langfristige Planung von Staatsausgaben.* Berlin 1965. Duncker & Humblot. 116 S.

Die Frage der langfristigen Planungen im öffentlichen Haushalt ist heute wieder — besonders in der Bundesrepublik — ein sehr aktuelles Thema. Die Lektüre dieses Buches läßt denn auch erkennen, daß eine intensive Behandlung dieses Themas keineswegs überflüssig ist. Das vorliegende Buch stellt in sorgfältiger Weise die Argumente zusammen, die für eine langfristige Planung sprechen, und setzt sich dabei eingehend mit ihrer Durchführung sowie mit den Problemen, die sich hierbei ergeben, auseinander. Dabei versucht Tretner, an Hand von Beispielen aus den USA — insbesondere aus der finanzwirtschaftlichen Praxis des Verteidigungsministeriums — aufzuzeigen, wie in wirksamer Weise langfristige Planungen öffentlicher Ausgaben gehandhabt werden.

Ein wichtiges Anliegen dieses Buches ist es, die Legislative in aktiverer Weise als bisher an dem Planungsprozeß teilhaben zu lassen. Tretner sieht dabei einen größeren Spielraum für Entscheidungen bei einer Langfristigkeit der Ausgabenplanung. So wie „in der betrieblichen Sphäre ... bei genügend langfristiger Betrachtung alle Kostenfaktoren der unternehmerischen Disposition unterworfen, also variabel sind, verlieren auch die Staatsausgaben in der langfristigen Gesamtschau ihren starren Charakter“ (S. 16).



Tretner unterscheidet zwischen Projektionen, Plänen und Programmen. Unter einer langfristigen Ausgabenprojektion versteht er eine „Vorausschätzung ... von Staatsausgaben unter gewissen alternativen Annahmen“ (S. 22). Die Planung von Staatsausgaben ist „der Entwurf alternativer Ziel- und Mittelkombinationen“. Das „Programm“ entsteht nach Tretner „erst durch das Ausscheiden von Alternativen“ (S. 22).

Das Buch umfaßt auf etwa 100 Seiten vier Teile. Der erste Teil befaßt sich unter dem Titel „Die Bedeutung der langfristigen Planung“ mit dem Wesen und den Vorteilen langfristiger Ausgabenplanung. Der zweite Teil unter dem Titel „Die Technik der Ausgabenplanung“ befaßt sich mit den Arten, der Durchführung und den Trägern der öffentlichen Planung. Im dritten Teil des Buches unter dem Titel „Die Funktion der langfristigen Pläne in der öffentlichen Finanzwirtschaft“ werden die Einordnung langfristiger Ausgabenpläne in den Budgetkreislauf sowie die langfristigen Ausgaben in ihrem Verhältnis zur Konjunkturpolitik behandelt.

Der vierte Teil schließlich ist den Verhältnissen in der Bundesrepublik gewidmet. Dieser Teil enthält auch zugleich Empfehlungen für die deutsche Finanzpolitik. Vom Standpunkt der Systematik aus gesehen, gehört allerdings das Kapitel über die Träger der öffentlichen Planung nicht zur „Technik“ der Ausgabenplanung.

Die Probleme, die bei dieser Arbeit auftauchen, liegen vor allem in der Schwierigkeit, die in der Zukunft liegende wirtschaftliche Entwicklung, in die die geplanten öffentlichen Ausgaben hineingestellt werden, auf eine längere Frist richtig zu prognostizieren und die Abstimmung zwischen langfristiger Ausgabenplanung und wirtschaftlicher Entwicklung vorzunehmen. Dieses Problem beschäftigt dann auch Tretner immer wieder. Er versucht, dieses Problem einmal dadurch zu lösen, daß er sich gegen eine „Starrheit“ langfristiger Ausgabenpläne wendet (S. 50), ferner indem er den Begriff der Planung selbst abschwächt. „Die langfristige Planung soll nicht mehr als eine Offenlegung von alternativen Zielen, Mitteln und damit möglichen Ausgabenvolumina sein und darf keineswegs starr gehalten werden. Sie ist ein fortlaufender Prozeß mit mindestens jährlichen Revisionen, die den veränderten Bedingungen und neuen Erfordernissen Rechnung tragen und bei denen gleichzeitig der Planungshorizont um ein Jahr erweitert wird“ (S. 53/54). In diesem Zusammenhang ist auch die von Tretner vorgeschlagene Länge der Planungsperiode zu sehen. Er hält es für „berechtigt, einen Zeitraum von 3 bis 6 Jahren schon als Objekt einer langfristigen ... Betrachtung zu verstehen“ (S. 44). Damit entfernt sich Tretner allerdings von der herrschenden Auffassung, die einen Zeitraum von 4 bis 6 Jahren als mittelfristig betrachtet. (Vgl. u. a. die mittelfristige Finanzplanung in BRD.) Für den Fall einer die Konjunktur beeinflussenden Ausgabenpolitik trifft Tretner die zweifellos richtige Feststellung, daß die Anpassung an die Konjunktur vorgenommen werden kann durch eine „Beschleunigung oder Verzögerung“ der langfristig geplanten Ausgaben (S. 89).

Als Literatur ist in reichem Maße vor allem deutsche und englischsprachige Literatur verwendet worden. Dabei stützt sich Tretner nicht nur auf wissenschaftliche Publikationen, sondern auch auf Kommissionsberichte, Zeitungsartikel usw. Das Buch ist klar und leicht verständlich geschrieben. Es wendet sich nicht nur an Fachleute, sondern auch an einen breiteren Kreis interessierter Leser, insbesondere auch an Politiker.

Harry Runge, Stuttgart

*Holger Heide: Die langfristige Wirtschaftsplanung in Schweden. (Kieler Studien, Band 73.) Tübingen 1965. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VIII/147 S.*

Auch für Schweden bedeutete die Weltwirtschaftskrise den Abgang von der liberalen Epoche, und der zweite Weltkrieg brachte noch eine Verstärkung beschäftigungs-, wachstums- und verteilungspolitischer Staatseingriffe. Die sektorale Steuerung einzelner Wirtschaftsbereiche wurde 1948 zu einer Gesamtplanung mit Hilfe des Nationalbudgets erweitert. Die vorliegende Kieler Studie berichtet, in welcher Form und in welchem Ausmaß in Schweden eine langfristige gesamtwirtschaftliche Planung betrieben wird. Da die Besonderheiten der schwedischen Planungstechnik (u. a. die Zweigleisigkeit von kurz- und langfristiger Planung) historisch bedingt sind, schildert Heide nicht nur ihren jetzigen Stand, sondern gibt die Grundzüge ihrer ganzen bisherigen Entwicklung wieder, wobei die Planzahlen mit dem tatsächlichen Wirtschaftsablauf bis 1964 verglichen werden.

Der Verfasser skizziert eingangs die neuen Ideen in der Wirtschaftspolitik der dreißiger Jahre und die ersten Schritte einer kurzfristigen Planung, die auf die Berechnung inflatorischer Lücken und auf die Erstellung von Nationalbudgets mit Prognosecharakter hinführten, und legt sodann eingehend dar, wie sich die längerfristige Planung bis 1965 entwickelt hat. Hierbei werden die institutionellen Voraussetzungen, die Methoden und die Funktionen der Planungspraxis klar herausgearbeitet und einer realistischen Kritik unterzogen. An Hand der bisherigen Erfahrungen schätzt Heide die für 1965 bis 1970 zu erwartenden Korrekturen und veränderten Marschrouuten der schwedischen Wirtschaftsplanung ab und prüft, welche Konsequenzen mit der Einbeziehung des langfristigen Budgets in die Planung verbunden sind. Abschließend faßt der Autor seine Ergebnisse zusammen und stellt die Licht- und Schattenseiten einer Wirtschaftsplanung auf weitere Sicht kontrastreich gegenüber, so daß das schwedische Exempel auch generelle Lehren über die Möglichkeiten und Grenzen gesamtwirtschaftlicher Prognosen und Direktiven vermitteln kann. Über die aleatorische Natur der Informationsdaten und die psychischen „Klimaeffekte“ jeglicher Plansteuerung im privatwirtschaftlichen und staatspolitischen Bereich wäre gewiß noch manches zu sagen gewesen, doch hat diese betont nüchterne Untersuchung solchen weiterreichenden Analysen immerhin den Boden bereitet. Antonio Montaner, Mainz



**Kurt Hesse:** Planungen in Entwicklungsländern. Eine Einführung in Wesen und Praxis des Entwicklungsplanens an Hand von sechs Beispielen. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 618 S.

Der Ansatz der Arbeit hebt sich in origineller Weise von den üblichen Veröffentlichungen über Entwicklungsländer und Entwicklungshilfen ab. Der Verfasser legt sechs Beispiele von Entwicklungsplanungen vor, wobei typische Strukturmerkmale als Auswahlkriterien benutzt werden. Er stellt gegenüber: 1. einen stark bevölkerten Großraum tropischen bzw. subtropischen Charakters mit hinlänglicher Infrastruktur und reichem Potential natürlicher Hilfsquellen (Indien), 2. einen schwach bevölkerten Großraum subtropischen Charakters mit ungenügender Infrastruktur und unterschiedlichem Potential natürlicher Hilfsquellen (Iran), 3. ein mittelgroßes Land mit schlechter Infrastruktur und unterschiedlichem sowie uneinheitlich genutztem Reichtum an natürlichen Hilfsquellen, das selbst ehemalige Kolonialmacht war (Spanien), 4. ein mittelgroßes anderes Mittelmeerland ohne koloniale Vorgeschichte mit einer im Aufbau begriffenen Infrastruktur und reichen natürlichen Hilfsquellen (Türkei), 5. ein kleines, schwach besiedeltes tropisches Land mit einseitiger Landwirtschaft, reichen Bodenschätzen und schwacher Industrie (Senegal) und 6. ein stark bevölkertes kleines Land mit ungenügender Infrastruktur und wenig erschlossenen natürlichen Hilfsquellen (Israel). Auf diese Weise wird ein breites Spektrum verschiedener Planungsansätze vor dem Hintergrund unterschiedlicher geographisch-klimatischer, wirtschaftlicher, politischer, kultureller und sozialer Voraussetzungen vorgestellt.

Die Methode der Darstellung ist außerordentlich instruktiv und soll am Beispiel der drei indischen Fünfjahrespläne gezeigt werden. Der Verfasser skizziert zunächst die Planungskonzeption, umreißt dann die Struktur des Landes: Geographie, Klima, demographische Entwicklung, natürliche Hilfsquellen, Infrastruktur und historische Komponenten — hier sehr aufschlußreich den kolonialen Einfluß, die Entstehung des Religionskonfliktes, das gespaltene Verhältnis der Staatsgründer der Indischen Union zur Technik und die geistigen Quellen des Gandhischen Sozialismus. Er gibt sodann einen kurzen Überblick über die drei indischen Fünfjahrespläne zwischen 1951 und 1966. Der Hauptteil besteht in einer Gegenüberstellung der Plantexte in Auszügen, thematisch geordnet nach administrativen Problemen, Beschäftigung und Ausbildung, Sozialpolitik, Infrastruktur, Agrarreform, Dorfentwicklung, Genossenschaftswesen, Bergbau und Industrie. Zu jedem Punkt werden mehrseitige Zitate aus den drei Plänen nacheinander aufgeführt. Damit wird die gesamte Situation außerordentlich durchsichtig: „Breit aufgebaut lassen die drei indischen Fünfjahrespläne 1951—1966 sofort die Schwierigkeiten erkennen, mit denen es die Planer bei der Abfassung zu tun gehabt haben. Vieles dem europäischen Fachmann Selbstverständliche wird, oft in Wiederholung von Plan zu Plan, zur Erklärung der einen oder anderen beabsichtigten Maß-

nahme ausgeführt, bisweilen unter Bezug auf die historische Entwicklung, in anderen Fällen unter Darlegung einfacher Zusammenhänge, die offensichtlich erst erarbeitet worden sind und bei denen die Verfasser wohl annehmen, daß sie den Lesern der umfangreichen *Elaborate*, den ausführenden Behörden, besonders erklärt werden müssen. Jeder der drei Fünfjahrespläne ist hierdurch belastet, ganz abgesehen davon, daß sie es nicht selten an Klarheit der Abfassung vermissen lassen“ (S. 220). Der Verfasser schließt mit einer kritischen Beurteilung, die — im wesentlichen auf westliche Zeitungs- und Zeitschriftenveröffentlichungen gestützt — einige Grundzüge des indischen Dilemmas aufzeigt, ohne in Detailanalysen einzutreten und die entsprechende Literatur vollständig heranzuziehen (vom Planungsansatz *Mahalanobis*, von der Kritik z. B. die Arbeiten von *Little*, *Malenbaum*, *Reddaway* u. a.). Der Vorzug der Arbeit ist es, das üblicherweise schwer zugängliche Material der Plandokumente in übersichtlicher Aufbereitung darzubieten. Entsprechend verfährt der Verfasser bei den übrigen fünf Länderstudien.

Von besonderem Interesse ist der den sechs Plänen vorangestellte Teil über „Grundfragen und Grundlagen des Planungswerkes“. Auch hier geht der Verfasser nicht von theoretischen Ansätzen aus, sondern gibt einen außerordentlich praxisbezogenen Überblick über die effektiv auftretenden Schwierigkeiten im Planungsprozeß. Sein enger Kontakt zur deutschen Wirtschaft und Verwaltung wird an vielen Stellen spürbar, die vielfältigen Erfahrungen des letzten Jahrzehnts in diesem Bereich schlagen sich in der Arbeit mit nieder. Der Verfasser steht dogmatischen Ansätzen fern. Er sieht Entwicklungsplanung als einen mühsamen Prozeß, der sich über die ökonomischen Schwierigkeiten hinweg mit geschichtlichen Einflüssen, kulturellen Traditionen und widerstrebenden Sozialstrukturen auseinanderzusetzen hat. Er stellt die Frage, ob viele der Pläne nicht eine Überforderung der Menschen in geistiger und physischer Hinsicht darstellen: „Wenn die Planungen in ihrer letzten Zielsetzung auf die geistige und wirtschaftliche Unabhängigkeit des indischen Volkes hinauslaufen, wenn also die Selbsthilfe mehr und mehr die fremde Hilfe ersetzen soll, so liegt hierin sicherlich ein richtiger Gedanke. Seine Verwirklichung erfordert aber Zeit. Wie viele Planungen in anderen Entwicklungsländern berücksichtigen auch die ersten drei indischen Fünfjahrespläne den Zeitfaktor zu wenig. Das Tempo der Entwicklung steht mit den Gegebenheiten in vieler Hinsicht nicht im Einklang. Die Industrialisierung bedeutet für das indische Bauernvolk eine Revolution, der es nur bedingt gewachsen ist“ (S. 225).

Dieter Weiss, Berlin

*L. H. Adolph Geck*: Zur Theologie des Industriebetriebes. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 72 S.

Diese Schrift enthält zwei Teile: 1. Die menschliche Problematik des Betriebes in natürlicher Sicht, 2. Die katholische Sicht der menschlichen Problematik des Betriebes.



Der erste Teil zeigt die Meisterhand eines unserer ältesten Betriebssoziologen in der kurz zusammenfassenden Darstellung der menschlichen Problematik des Betriebes. Es hieße Eulen nach Athen tragen, wollte man sie demjenigen zur Lektüre empfehlen, der sich auf 14 Seiten orientieren will.

Es möge als eine positive Kritik betrachtet werden, wenn festgestellt wird, daß der zweite Teil seine Aufgabe nicht bewältigt hat und auch nicht bewältigen konnte, weil die Vorarbeiten fehlen, die hierzu nötig sind. Der Verfasser baut die Theologie des Wirtschaftens und die Theologie der Technik auf einer Theologie der Arbeit auf, die aber nicht tragfähig ist, weil sie in sich widerspruchsvoll ist. Wenn man mit Christus sagt: „Ohne Mich könnt ihr nichts tun“ oder aus *Bartmanns* Lehrbuch der Dogmatik zitiert: „Es ist eine seit der Scholastik von allen Theologen vorgetragene und in der Schrift wohl bezeugte Lehre, daß Gott bei jeder kreatürlichen Tätigkeit seine unmittelbare, physische Mitwirkung leiht“, dann kann weder die menschliche Willensfreiheit noch eine abwegige Gewöhnung zu einem Handeln ohne oder gegen den Willen Gottes führen (S. 36). Denn das würde bedeuten, daß man mit Christi Hilfe etwas gegen den Willen Gottes tut oder daß Gott zu einem Tun gegen seinen Willen seine unmittelbare Mitwirkung leiht. Im Grunde steckt hier das ewig unbewältigte Problem der Willensfreiheit dahinter. Weder eine katholische noch eine konfessionell anders bestimmte Sicht der menschlichen Problematik des Betriebes ist ohne eine Bewältigung dieses Problems denkbar.

Den Schluß dieses zweiten Teiles bildet die Skizze einer Sozialtheologie, die sich abhebt von einer bloß naturrechtlichen Normierung des Soziallebens. „Die Grundfrage der Sozialtheologie ist ... die Frage nach dem Wesen der Gesellschaft, wie sie sich aus deren göttlichem Ursprung ergibt“ (S. 65). Dieser Ansatz bedarf eingehender Entwicklung. Ob freilich dieser Ursprung in der Trinität gesehen werden kann, erscheint dem Rezensenten zweifelhaft. Er ist eher geneigt, ihn in Matth. 22, 39 zu suchen. Wolfgang Kellner, Wetzlar

**Wilhelm Doni:** Die Binnenschifffahrt in der europäischen Integration. Göttingen 1965. Vandenhoeck & Ruprecht. 177 S.

**Hellmuth St. Seidenfus:** Organisatorische und preispolitische Möglichkeiten der Verminderung von Leerbewegungen der Transportmittel. Ein Beitrag zur Erhöhung der Wirtschaftlichkeit der Transportwirtschaft. Göttingen 1965. Vandenhoeck & Ruprecht. 71 S.

**Franz Kuhlmann:** Die Abhängigkeit des Verkehrsaufkommens von der konjunkturellen Entwicklung. Göttingen 1965. Vandenhoeck & Ruprecht. 51 S.

Die Arbeit von *Doni* behandelt ein außerordentlich aktuelles Problem. Der Verfasser stellt fest, daß Lösungen des Integrationsproblems, die der Wissenschaft als optimal erscheinen, von der Praxis abgelehnt wurden. Da der Schwerpunkt der Binnenschifffahrt in

der EWG bei der Rheinschiffahrt liegt, ist die starke Zersplitterung des Flotteneigentums zusammen mit der unterschiedlichen nationalen Ordnung der Rheinuferstaaten auf dem Gebiet der Binnenschiffahrt die Ursache dafür, daß sich bisher Kompromisse zwischen den Forderungen der Verkehrswissenschaft und der Praxis nicht haben finden lassen.

Das Thema, das *Seidenfus* anspricht, ist für die Verbesserung der Marktleistung und der Rentabilität der Transportunternehmen, vor allem des Kraftfahrfernverkehrs, von erheblicher Bedeutung. *Seidenfus* möchte der Unpaarigkeit der Verkehrsströme dadurch begegnen, daß die Speditionsunternehmen Sammelstellen von Angebot und Nachfrage einrichten, die dazu beitragen, die Fahrzeuge besser auszulasten, so daß die Unpaarigkeit der Verkehrsströme dadurch verringert wird. Damit stellte sich die Vermeidung von Leerfahrten zunächst als ein reines Organisations- und Informationsproblem dar. Dazu müssen aber noch tarifarische Vorteile kommen. Die Tarife auf den unpaarigen Verkehrsströmen müssen niedriger sein als auf den voll ausgelasteten Strecken. Dazu sollen bestimmte Relationen zu Bündeln zusammengefaßt und mit verschiedenen Ausgangs- oder Bestimmungspunkten zu einheitlichen Zonen deklariert werden.

Eine gewisse Vorarbeit haben im Sinne von *Seidenfus* bereits die Spediteurgemeinschaften für den Sammelladungsverkehr geschaffen. Eine darüber hinausgehende Organisation, wie sie *Seidenfus* im Auge hat, würde aber zunächst zu einer starken Bürokratisierung und Konzentration des Lastkraftwagengewerbes führen, die nicht im Sinn der allgemeinen Wirtschafts- und Sozialpolitik liegen. Dann aber müßte ein umfangreicher Nachrichtenapparat aufgebaut werden, weil der der Post kaum in der Lage sein würde, die aus den zahlreichen Informationen erwachsenden Aufgaben zu erfüllen. Die dazu erforderliche Kapitalinvestition würde kaum aufzubringen sein. Endlich aber müßten die Tarifvorschläge zur Aufhebung des einheitlichen Tarifsystems führen.

In einer fleißigen und kurzen Studie betont *Kuhlmann* die Lagerhaltung und Lagerbewegung der verladenden Wirtschaft als eine wichtige Ursache für die konjunkturellen Veränderungen des Verkehrsaufkommens. Dabei reagiert die Eisenbahn am meisten von den drei großen Verkehrsträgern auf die konjunkturellen Bewegungen, während die Konjunktorelastizität des Lastkraftwagens geringer ist als die der Eisenbahn. Die Binnenschiffahrt verhält sich im Einzelfall sehr abweichend, so daß eine generelle Feststellung bedeutungslos wird.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

*Viola Gräfin von Bethusy-Huc*: Das Sozialleistungssystem der Bundesrepublik Deutschland. Tübingen 1965. J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). VIII, 290 S.

Die Studie bringt in ihrem ersten Teil eine detaillierte Analyse des Sozialleistungssystems der Bundesrepublik. Der zweite Teil behandelt die vielfältigen Reformpläne und die umfangreiche sozialpolitische Ge-



setzung seit 1945, der dritte setzt sich mit der Politik der sozialen Sicherheit kritisch auseinander. Die Untersuchung, die ein immenses Material verarbeitete, sich auch auf die sozialpolitischen Absichten und Wirkungen der Steuergesetzgebung erstreckt und das Erreichte an den Kriterien der sozialpolitischen Wissenschaft mißt, zieht damit Bilanz aus fast 20 Jahren westdeutscher Sicherungspolitik und bildet so eine erstrangige Informationsquelle für Wissenschaft und Praxis.

Die abschließende kritische Beurteilung deckt besonders die Antinomie zwischen einem Sozialleistungssystem, das Leistungen auf Grund von Rechtsansprüchen und Vorleistungen unabhängig von einer aktuellen Notlage zuerkennt, und einem solchen auf, das sich unter Rückgriff auf die Bedürftigkeitsprüfung eher an die tatsächlichen Notfälle anpaßt. Die Spannungen zwischen der Sphäre des Rechts und des Sozialen, zwischen wissenschaftlicher Sachlichkeit und emotionellem politischem Wollen werden aufgezeigt. Die Verfasserin analysiert eingehend die Gründe, die zu einer „wissenschaftsfernen“ Sozialgesetzgebung führten, und beweist dabei die Fruchtbarkeit soziologischer Methoden und soziologischen Denkens. Sie dringt bis zu einer Kritik der politischen Sprache vor (S. 253 f.), und ihre Forderung nach Begriffswahrheit und -klarheit im Vokabular des sozialen Leistungssystems kann nur unterstützt werden. Rochus Castner, Nürnberg

**Walter Auerbach:** Vorausschauende Sozialpolitik — Sozialenquête und sozialpolitische Entscheidung. München 1965. Institut für Sozialpolitik und Arbeitsrecht e. V. 62 S.

Der Verfasser, Staatssekretär in Hannover, nimmt Stellung zur Problematik des Beschlusses der Bundesregierung vom 29. April 1964 über „Aufgabe und Inhalt der Sozialenquête“. Er kritisiert, daß die Enquête nicht den Schlußfolgerungen der Regierung vorgreifen soll und das Bildungswesen kaum in die Untersuchung einbezogen wird, und befürwortet eine Erfassung des „lautlosen Sozialaufwands“ in Form von Steuerermäßigungen. Beachtlich und originell ist Auerbachs Ansatz, Teile des Sozialaufwands als Ausgleich der „volkswirtschaftlichen Kosten“ (Kapp) zu begreifen.

Der Verfasser will, seiner politischen Überzeugung getreu, das Subsidiaritätsprinzip erst dann gelten lassen, wenn alle Glieder der Gesellschaft sozial gesichert sind, und zitiert dazu *Beveridge*: „Der einzelne muß in der Gesellschaft festen Boden unter den Füßen haben“ (S. 39). Ob das in der Bundesrepublik der Fall ist, daran scheiden sich die Geister. Die Sozialenquête wird darüber hoffentlich einmal präzise Angaben vorlegen können, wenn auch Auerbach befürchtet, daß schon die Faktenauswahl von den Wertvorstellungen der Enquêtekommision beeinflusst wird. Jedenfalls setzt sich Auerbach gegen Vorstellungen und Versuche von *Blank*, *Claussen*, *Elsholz*, *Gerstenmaier* und anderen CDU/CSU und FDP nahestehenden Persönlichkeiten energisch zur Wehr, den Sozialaufwand zugunsten von Selbst-

hilfe nicht weiter auszudehnen. Die von der SPD und den Gewerkschaften abgelehnte Kostenbeteiligung in der Krankenversicherung hat nach Auerbachs Darlegung in Frankreich nichts gebessert. Sollte dieses Urteil nicht durch ein Vorurteil gegen die Selbstbeteiligung bewirkt sein? Die Verfechter der Selbstbeteiligung beurteilen die französische Regelung günstiger. Ohne detaillierte empirische Analyse wird man nichts Endgültiges zu diesem Problemkreis sagen können. — In einem Nachwort setzt sich der Verfasser sehr kritisch mit der Mitteilung 1 der „Kommission für vordringliche sozialpolitische Fragen der Deutschen Forschungsgemeinschaft“ über „Soziale Umverteilung“ auseinander.

Rochus Castner, Nürnberg

*Helmut Duvernell* (Hrsg.): Ertragsbeteiligung der Arbeitnehmer. (Internationale Tagung der Sozialakademie Dortmund 1963.) Berlin 1965. Duncker & Humblot. 220 S.

Das Thema „Ertragsbeteiligung“ steht heute offenbar stärker im Vordergrund und ist auch schon 1961 auf einer Tagung der Sozialakademie angeschnitten worden, obwohl nach Meinung der Gewerkschaften materiell „nicht viel drin“ stecke, wie O. von Nell-Breuning in seiner Einführung (S. 11) erwähnt. Mit Hilfe dieser Ertragsbeteiligung soll einmal das Verhältnis Lohn — Arbeit verbessert werden, soll ferner eine breitere Vermögensstreuung ermöglicht werden und kann vielleicht auch die Alternative Branchentarif oder Firmentarif gelöst werden. Nell-Breuning stellt in diesem Zusammenhang noch nachdrücklich fest, „die vermeintliche Ersatzlösung, Wertanteil an der gemeinsamen Wertschöpfung statt physischem Anteil am arbeitsteilig geschaffenen realen Produkt, erweist sich als Wahngestalt“; eine mögliche Lösung sei eben nur in der Ertragsbeteiligung zu suchen (S. 17), zum mindesten müsse dieses Problem von daher genauer untersucht werden.

Dieser Untersuchung dient die Tagung zunächst durch acht Vorträge von Gelehrten und Praktikern, dann durch ausgiebige Diskussion zu fünf dieser Vorträge und schließlich noch durch besondere „Seminare“ zu fünf Vorträgen. Auf diese Weise wird der Stoff sowohl vom Standpunkt der Sozialwissenschaften und der Betriebswissenschaft als auch vom Standpunkt der Gewerkschaften usw. ausgiebig behandelt. Entsprechend dem Begriff der „internationalen Tagung“ ist es von Bedeutung, daß auch Erfahrungen aus den Ländern Österreich (R. Wajda, Wien), Vereinigte Staaten (J. Schiffer, New Orleans) und aus der sozialistischen Wirtschaft (Vl. Bonać, Dortmund) vorgetragen werden. Das ausführlichste Referat hält Alois Oberhauser über „Die wirtschaftlichen Auswirkungen und Grenzen des Effektivlohnes“ (S. 27 ff.), worin er vor allem die Zusammenhänge darlegt, „die gesamtwirtschaftlich zwischen der Einkommens- und Vermögensverteilung bestehen“ (S. 30). Den „eigentlichen Ansatzpunkt zu einer gleichmäßigeren Einkommens- und Vermögens-



verteilung“ sieht er im „Sparen der Arbeitnehmer“ (S. 34), wobei „ein bestimmter Prozentsatz des Lohnes nicht in bar ausgeschüttet, sondern direkt oder über eingeschaltete Institutionen zur Finanzierung von Investitionen verwendet“ wird (S. 42). Die Auswirkungen dieses Investivlohnes werden dann im einzelnen geschildert, und zwar durchaus positiv: „Auch unter konjunkturellen und wachstumspolitischen Aspekten kann der Investivlohn nicht negativ beurteilt werden“ (S. 51). In seinen Ausführungen über „Sozialkapital aus Beteiligungen an vollzogener Vermögensbildung der Großbetriebe“ fordert Bruno *Gleitze* eine gesetzliche Regelung zwecks Unterbindung der bisherigen Entwicklung zu einer einseitigen Vermögensbildung: „Die Chancen für eine Vermögensbildung auch der bisher vermögenslosen Massen müssen neben einer aktiven Lohn- und Preispolitik und einer gerechten Besteuerung dadurch verbessert werden, daß die in den Großbetrieben erzielten Erträge nicht mehr den bisherigen Kapitalbesitzern restlos als Gewinne vorbehalten bleiben“, wobei er ausdrücklich „eine Gefährdung der unternehmerischen Investitionsfinanzierung aus einer überbetrieblichen Ertragsbeteiligung“ als ausgeschlossen bezeichnet (S. 55).

Am Beispiel der Firma Schoeller jun. (Feinpapierfabrik mit etwa 1000 Beschäftigten) erläutert Franz *Spiegelhalter* (Freiburg) „eine Reihe von Grundsätzen für eine an Mitverantwortung und Leistung orientierte innerbetriebliche Ertragsbeteiligung“ (S. 62), wobei er allerdings darauf hinweist, daß ein solches System einer innerbetrieblichen Leistungserfolgsbeteiligung sich wesentlich von der landläufigen sogenannten Gewinnbeteiligung unterscheidet (S. 63), indem hier die Firma „die innerbetrieblichen Erfolge bereits vorweg erfassen ... und damit das besondere Leistungstreben der Beteiligten prämiieren (will), und zwar weitgehend unabhängig von der konjunkturellen Gesamtsituation des Unternehmens“ (S. 63). Später hebt er noch hervor, daß es neben dieser leistungsorientierten Form der Ertragsbeteiligung noch Formen gebe, „die vorwiegend sozialorientiert sind“ (S. 66), wofür er ebenfalls bestimmte Firmen nennt. „Die Stellung der Gewerkschaften zur Ertragsbeteiligung“ (S. 95 ff.) erläutert noch besonders H. *Markmann* (Köln), der allerdings im Gegensatz zu den sonstigen Darstellungen „eine sehr harte These“ formuliert (S. 96): „Ich meine, daß eine spezielle Ergebnisbeteiligung überflüssig gemacht werden könnte durch die reguläre gewerkschaftliche Lohn- und Tarifpolitik, bei der die Gewerkschaften ... sowohl als Marktfaktoren als auch als Machtfaktoren auftreten.“ Auch am „Investivlohn“ übt er starke Kritik.

Bezüglich der Diskussion zu den Vorträgen und der Seminare sei zusammenfassend bemerkt, daß hier die Argumente der einzelnen Redner im allgemeinen sehr sachlich behandelt worden sind, wobei es allerdings verständlicherweise auch dann und wann nicht an harten Widersprüchen gefehlt hat. Von besonderem Interesse ist dabei die Tatsache, daß *v. Nell-Breuning* vor seinem Seminar praktisch eine

„Vorlesung“ über die Einzelheiten des „Sozialprodukts“ gehalten hat; er leitet dabei auch die These ab, daß nicht die Ertragsbeteiligung, sondern das Sparen der entscheidende Hebel sei. In einer „Zusammenfassung der Tagungsergebnisse“ (S. 209 ff.) gibt H. Duvernell einen recht geschickten Überblick über die z. T. grundverschiedenen Auffassungen der Tagungsteilnehmer zur Frage der Ertragsbeteiligung; er stellt abschließend fest, daß sich „eine Patentlösung mit der Ertragsbeteiligung nicht anbiete“ (S. 220), wobei man aber trotzdem nach neuen Wegen suchen solle.

Peter Quante, Kiel

*Elke Maria Kätsch*: Langfristige Bestimmungsgründe für die Erwerbstätigkeit verheirateter Frauen. Köln und Opladen 1965. Westdeutscher Verlag. 118 S.

Die Studie basiert auf einer Befragung von 650 Ehepaaren in Minden/Westf., die zwischen 1950 und 1960 heirateten. Die Verfasserin entwickelt aus der Meinung der befragten Ehepaare zur Erwerbstätigkeit zunächst ein „allgemeines Leitbild“, analysiert sodann das Verhalten der Befragten bezüglich ihrer Teilnahme an der Berufswelt und verdichtet die Ergebnisse zu einem „subjektiven aktuellen Leitbildentwurf“.

Zu den auffälligsten Feststellungen gehört, daß 86 % der Befragten die berufliche Ausbildung der Frau befürworten und 93 % die Frau in Schule und Berufsschule auf ihre fraulichen Aufgaben vorbereitet sehen wollen. Berufsausbildung wird vornehmlich als Stütze der geistigen und materiellen Unabhängigkeit der Frau aufgefaßt. Die Berufsausbildung ersetzt immer häufiger die Aussteuer, der Beruf wird als Rollen- und Kontaktvermittler geschätzt und nicht nur als ökonomisches Zweck-Mittel-System. Die Herausarbeitung und Hervorhebung schichtenspezifischer Unterschiede verdient besondere Anerkennung: In den mittleren sozialen Schichten hat sich die „dominante Erwartung“ durchgesetzt, daß die Frau mitarbeitet. In den oberen und unteren Gesellschaftsschichten sind noch „konkurrierende Erwartungen“ anzutreffen. Die oberen Schichten halten die Eheschließung für den Zeitpunkt, zu dem die Frau ihre Berufstätigkeit aufgeben soll, die übrigen erwarten die Aufgabe der Berufstätigkeit bei der Geburt des ersten Kindes. Die sorgfältige Untersuchung ist geeignet, einige Vorurteile über die Gefährdung der Familie durch „maßloses Erwerbsstreben“ und die „Sucht nach einem übertriebenen Lebensstandard“ nachdrücklich zu korrigieren.

Rochus Castner, Nürnberg

*J. Sandee* (Hrsg.): Europe's Future Consumption. (ASEPELT Bd. II.) Amsterdam 1964. North-Holland Publishing Company. 364 S.

Hinter ASEPELT verbirgt sich keine NATO-Organisation, sondern die „Association Scientifique Européenne pour la Prévision Economique à moyen et à long Terme“, eine 1961 gegründete europäische Gesellschaft zur Förderung wissenschaftlicher Studien über mittel-



und langfristige Prognose und Programmierung sowie der Durchführung spezieller Voraussagen. Die Gesellschaft vereinigt profilierte Theoretiker und Praktiker der empirischen Wirtschaftsforschung aus westeuropäischen Industrieländern, darunter vier deutsche Vertreter (*Bauer, Bombach, Krengel und Gehrig*).

Das vorliegende Werk ist die zweite Veröffentlichung zur zukünftigen wirtschaftlichen Entwicklung Europas. Der erste Band wurde 1962 unter dem anspruchsvollen Titel „Europe's Future in Figures“ vorgelegt und war der erste Versuch, zu mittel- und langfristigen Voraussagen im Gegensatz zu ähnlichen Versuchen der EWG und anderer supranationaler europäischer Organisationen auf der Grundlage nationaler Expertisen zu gelangen. Hierbei zeigte sich, wie verschieden die Methoden und Techniken der Prognose und Projektierung in den verschiedenen Ländern ausgebildet sind. Auch waren die vorgelegten Ergebnisse über die Entwicklung des Outputs bis 1970 oder 1975 sehr verschiedenartig in ihrer statistisch-ökonomischen Untermauerung und methodischen Absicherung.

Dieser Eindruck bleibt bei dem nun vorliegenden Versuch, die privaten Konsumausgaben detailliert bis 1970 vorauszuschätzen, nicht in gleichem Maße erhalten. 11 Autoren bzw. Autorengruppen aus 7 Ländern kommen durchweg zu einem detaillierten „Breakdown“ des privaten Gesamtkonsums auf der Basis detaillierter statistischer und ökonomischer Analyse; mit einer Ausnahme: die Bundesrepublik Deutschland. Während sich die französischen, niederländischen, norwegischen, schwedischen und auch die italienischen Wirtschaftsforscher auf amtliche oder doch von der Regierung gestützte Untersuchungen in diesem Bereich stützen können, herrscht in Deutschland hier eine Lücke. Der Herausgeber schreibt dazu in Hinblick auf den deutschen Beitrag: „The biggest gap in this respect in Western Europe is to be found in Federal Germany, where sentiment is still stronger than reason. We have been lucky enough, however, to secure a forecast of total German private consumption by Gehrig, and we may hope this will be detailed later on“ (S. 2).

Diesen Hoffnungen kann man sich nur anschließen und wünschen, daß sich der aus einer Atmosphäre des Dogmatismus und des Rationalitätsverzichts in der deutschen Wirtschaftspolitik herrührende Lag zwischen Deutschland und den übrigen europäischen Ländern bald verringern möge; die Notwendigkeit dazu ist spätestens seit 1954 gegeben. Es berührt etwas peinlich, daß, wenn eine detaillierte Konsumprognose verlangt ist, der deutsche Vertreter lediglich eine Gesamtprojektion vorzulegen in der Lage ist — die immerhin aber aus einem, wenn auch einfachen, ökonomischen Gesamtmodell stammt —, während alle anderen Vertreter zu eben diesen detaillierten Prognosen durchaus in der Lage sind.

Es wird nicht verwundern, wenn in diesem Zusammenhang insbesondere auf den französischen (*Fourgeand*), niederländischen (*van Beeck/Den Hartog*), norwegischen (*Amundsen*) und schwedischen (*Bentzel*) Beitrag hinzuweisen ist, was nur den hohen Stand der

empirischen Wirtschaftsforschung in den genannten Ländern reflektiert. Aber auch die italienische Arbeit (*Novacco/Pilloton*) zeigt ein hohes methodisches und empirisch-statistisches Niveau. In all diesen Fällen sind methodische Reflexionen über die Vor- und Nachteile von Zeitreihen- und Budgetanalysen eng mit der eigentlich prognostischen Bemühung verbunden, was das Buch auch wertvoll für denjenigen macht, der nicht primär an den einzelnen Zahlen und Tabellen interessiert ist, zumal auch zwei italienische Arbeiten von *Cao-Pinna* und *Goreux* enthalten sind, die sich ausschließlich den methodologischen Problemen bei der Erfassung von Invarianzen des Verbraucherverhaltens widmen. Eine Arbeit des Holländers *Linnemann* fällt etwas aus dem gesteckten Rahmen, da der Autor die Inanspruchnahme von „Higher Education“ als konsumtive Nachfrage behandelt. Aber gerade diese Arbeit ist recht interessant, da sie auf erhebliche zukünftige Steigerungsraten hinweist, wenngleich auch das angewendete Verfahren, die Gesamtnachfrage nach höherer Erziehung in Abhängigkeit vom Pro-Kopf-Einkommen zu behandeln, sicher nicht unproblematisch ist, da die eigentlichen Bedingungen dieser Nachfragekomponente im Dunkeln bleiben. Aber hier ist, wie auch bei den anderen Arbeiten, das bestmögliche getan worden.

Die angewandten methodischen Werkzeuge bestehen hauptsächlich in der Berechnung von Einkommenselastizitäten der Konsumnachfrage, die mehrfach nach einem Vorschlag von *Frisch* in Preiselastizitäten transformiert wurden, sowie die Aufstellung und Extrapolation partieller Konsumfunktionen linearer und nichtlinearer Art, die entweder aus Zeitreihen oder Budgetdaten hervorgingen. Die bekannten komparativen Vor- und Nachteile beider Verfahren werden unterschiedlich betont, niemals werden sie jedoch als alternative Möglichkeiten angesehen.

Das Werk verdient Beachtung wegen seines hohen informativen Gehaltes und der Vielfältigkeit des vorgelegten Materials. Es ist von besonderem Interesse für die im Zuge der europäischen Einigungsbestrebungen immer wieder zu unternehmenden Versuche, zu internationalen Vergleichen der nationalen Wirtschaftsentwicklung zu gelangen. Weiteren Veröffentlichungen von ASEPELT wird man mit Interesse entgegensehen.

Gerhard Kade, Darmstadt

*Maria-Elisabeth Ruban*: Die Entwicklung des Lebensstandards in der Sowjetunion unter dem Einfluß der sowjetischen Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsplanung. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 204 S.

Im deutschen Schrifttum gibt es keine systematische und zusammenfassende Darstellung über den Zusammenhang zwischen dem Grad der wirtschaftlichen Entwicklung und dem Niveau der Lebenshaltung der sowjetischen Bevölkerung. Diese Lücke hat die Verfasserin mit ihrer Arbeit dankenswerter Weise gut ausgefüllt. Sie mußte dazu ein oft lückenhaftes Zahlenmaterial kritisch durcharbeiten, und erschwerend war weiter, daß es keinen allgemein anerkannten einheitlichen Begriff des Lebensstandards gibt. Da infolge des besonderen kollektiven



Wirtschaftssystems der Sowjetunion die Leistungen des Staates an seine Bürger auf sozialem, kulturellem und gesundheitlichem Gebiet eine beträchtliche Rolle spielen, ist der Begriff des Lebensstandards in der Sowjetunion zu dem der Lebenshaltung erweitert. Mit Recht sieht die Verfasserin davon ab, irgendeinen Begriff des Lebensstandards zu konstruieren; es wäre nur eine unfruchtbare Wortspielerei daraus geworden. Deshalb lehnt sie sich an den UNO-Bericht über die internationale Definition und die Messung des Lebensstandards an und stellt sieben Komponenten auf, die das Lebenshaltungsniveau bestimmen. Es sind dies: Realeinkommen, Umfang und Struktur des Verbrauchs an Konsumgütern, Wohnung, Beschäftigung und Arbeitsbedingungen, Gesundheitszustand und ärztliche Betreuung, Erziehung und Bildung sowie soziale Sicherheit.

Für das sowjetische Wirtschaftssystem ist es kennzeichnend, daß durch die Wirtschaftspläne und durch die Wirtschaftspolitik der mögliche Lebensstandard in Stadt und Land weitgehend von der Wirtschaftsführung festgelegt ist. Gerade die dadurch entstehenden Wechselwirkungen zwischen Lebensstandard und Wirtschaftspolitik werden von der Verfasserin im Hauptabschnitt I sorgfältig herausgearbeitet. Wegen der sehr unterschiedlichen Lebensbedingungen in Stadt und Land mußten die Lebensbedingungen in der Landwirtschaft in einem besonderen vierten Hauptabschnitt dargestellt werden. Die Hauptabschnitte II und III befassen sich an Hand der sieben Komponenten mit der kollektiven und individuellen Versorgung der städtischen Bevölkerung.

Die Zeit der Herrschaft Stalins, 1928—1953, legte den Schwerpunkt der Wirtschaftspolitik auf den Ausbau der schweren Industrie derart, daß man beinahe von einer schonungslosen Ausbeutung der Konsumenten und der Landwirtschaft reden konnte. Unter Malenkov und Chruschtschow setzte dann nach dem Tode Stalins eine mehr konsumenten- und landwirtschaftsfreundliche Politik ein. Der Stand der wirtschaftlichen Entwicklung ermöglichte jetzt durchaus eine stärkere Berücksichtigung des Konsums und damit auch der konsumorientierten Wirtschaftszweige. Außerdem mußte man eine „zahlenmäßig starke Mittelschicht, deren loyale Mitarbeit für den Staat und die Volkswirtschaft unerläßlich war“, durch materielle Vorteile einigermaßen zufriedenstellen. Dabei behielten aber, der Eigenart des sowjetischen Wirtschaftssystems entsprechend, die kollektiven kulturellen und sozialpolitischen Leistungen den Vorrang vor dem individuellen privaten Konsum. Seit dem Tode Stalins hat sich ohne Zweifel die Versorgung mit Konsumgütern und Lebensmitteln erheblich gebessert. Von einer befriedigenden Lösung ist dagegen die Wohnungsfrage noch weit entfernt. Maria-Elisabeth Ruban stellt fest, daß die Ziele des Siebenjahresplans von 1959 nicht erreicht sind. Beträgt doch die durchschnittliche Wohnfläche pro Kopf auf dem Lande nur 4 qm und in der Stadt 8,8 qm, wodurch die sanitäre Mindestnorm von 9 qm nicht erreicht ist. Mit Recht meint die Verfasserin, daß die Forderung,

die westlichen Länder einzuholen und zu überholen, „in absehbarer Zukunft nicht wird realisiert werden können“.

Dennoch zeigt diese sehr beachtliche Untersuchung, wie sich in der Sowjetunion allmählich eine Freizeit- und Verbrauchergesellschaft ebenso herauszubilden beginnt, wie sie in den westlichen Industriestaaten schon vorhanden ist. Die sowjetische Wirtschaftspolitik wird also ein wachsendes Angebot an Konsumwaren anstreben müssen, um den Forderungen der kommunistischen Ideologie zu entsprechen.

Wilhelm Moritz Frhr. v. Bissing, Berlin

*Harald König: Entstehung und Wirkungsweise von Fachverbänden der Nahrungs- und Genußmittelindustrie. Berlin 1965. Duncker & Humblot. 275 S.*

In der Einleitung umreißt der Verfasser die drei Aufgaben, die er mit der vorliegenden Untersuchung erfüllen möchte: Erstens soll die Entstehungsgeschichte ausgewählter Fachverbände geschildert werden, zweitens die Organisation dieser Verbände im wechselvollen Lauf ihrer Geschichte und der sich wandelnden Interessen beleuchtet werden und drittens soll schließlich die Wirkung der Verbandstätigkeit auf Politik und Wirtschaft betrachtet werden.

Nach dieser klaren Konzeption analysiert der Verfasser nun die Fachverbände der Zucker-, Spiritus-, Müllerei-, Brauerei-, Schokoladen- und Süßwaren- und Tabakindustrie. Dabei wird wirtschaftshistorisch manches Interessante aus der Frühzeit industrieller Interessenvertretungen zutage gefördert, das die Stellung einzelner Branchen und ihre besonderen Nöte im großen Aufschwung der deutschen Industrie in den letzten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts deutlich werden läßt. Die vielschichtigen Ursachen der Verbandsgründungen lassen sich letztlich doch in mehrere Gruppen immer wiederkehrender politischer, wirtschaftlicher oder technischer Veränderungen eingliedern; Zollpolitik und Besteuerung, Reaktionen auf Grund bestimmter Marktverhältnisse, technische Weiterentwicklung bestimmter Anlagen u.a.m. lassen sich hier herausarbeiten. Gerade die Verfolgung der Verbandsgeschichte bis 1933 zeigt die große Kontinuität in Verbandsleitung und -organisation, die oft für Jahrzehnte in alten bewährten Händen blieb, damit aber auch bestimmten Mitgliedern großen Einfluß sicherte, was wiederum manchen Fachverband in kartellähnliche Situationen brachte. Die Auswahl der ältesten Verbände läßt in der langen Zeitspanne alle Stadien der Festigung und Lockerung ihrer Organisation, je nach den mehr oder minder zentral auf den Verband ausgerichteten Interessen der Mitglieder erkennen.

Berücksichtigt man weiter noch die Darlegungen des Verfassers über die Tätigkeit der untersuchten Verbände, so kann die vorliegende Arbeit gewiß als gelungener Beitrag zur grundsätzlichen Auseinandersetzung mit dem Phänomen „Verband“ angesehen werden.

Harald Winkel, Mainz



**Werner Hotz:** Die westdeutsche Schuhwirtschaft unter besonderer Berücksichtigung der Unternehmenskonzentration. 2. Aufl. Tübingen 1965. Verlag J. C. B. Mohr (Paul Siebeck). XVI/329 S.

Wie der Verfasser im Vorwort betont, stellt die vorliegende Arbeit den Versuch dar, einen einzelnen Industriezweig unter den Gesichtspunkten der wirtschaftlichen Machtbildung zu untersuchen (S. IX). Damit soll einem zweifachen Mangel abgeholfen werden: Trotz vielen Spezialuntersuchungen, die vor allem als Doktorarbeiten über einzelne regionale Bereiche und „monoindustrielle Agglomerationen“ der Schuhwirtschaft in Deutschland geschrieben worden sind, fehlte es bisher an einer zusammenfassenden Darstellung dieses Wirtschaftszweiges, und zudem vermögen solche Tatsachenstudien dazu beizutragen, die fortdauernde, zumeist in Prinzipienstreit befangene Konzentrationsdebatte zu versachlichen.

Der Versuch darf alles in allem als gelungen bezeichnet werden. Obzwar die *Schuhindustrie* im Vordergrund der Betrachtungen steht, hat sich der Autor eingehend auch mit dem *Schuhhandel* beschäftigt, der ja im Hinblick auf konkurrenz- und steuerpolitische Erwägungen im Zusammenhang mit fabrikeigenen Ladengeschäften eine besondere Rolle spielt.

Das Buch — eine Tübinger Dissertation — ist in vier Teile gegliedert. Einleitend referiert Hotz über die morphologische Entwicklung der westdeutschen Schuhwirtschaft, deren strukturelle Wandlungen und Gegenwartsbedingungen, vornehmlich was die Betriebsgrößen anlangt, mit den entsprechenden betriebs- und zweigwirtschaftlichen Verhältnissen der Schuhindustrie in den wichtigsten westeuropäischen Ländern verglichen werden. Außerdem berichtet der Autor kurz über die Betriebsgrößenstruktur des Schuheinzelhandels in der Bundesrepublik und setzt sodann im zweiten Teil — auf dem das Hauptgewicht der Untersuchung ruht — die Konzentrationstendenzen in Schuhindustrie und Schuhhandel auseinander. Die industrielle Konzentration wird zunächst unter dem Aspekt der Standortsbestimmung und anschließend an Hand der maßgeblichen Kriterien im Fertigungs- und Absatzbereich (relevanter Markt, Produktions- und Umsatzanteile, Marktbeherrschung im Sinne des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen) sowie in der betriebswirtschaftlichen Perspektive auf die Besonderheiten von Groß-, Mittel- und Kleinbetrieben hin dargelegt. Den Konzentrationserscheinungen im Schuhhandel spürt Hotz jeweils getrennt für fabrikeigene Ladengeschäfte, Einkaufsgenossenschaften, Warenhäuser, Versandhandel und Großhandel nach. Als sehr aufschlußreich erweisen sich die Bemerkungen über Unternehmensfinanzierung und -besteuerung, namentlich mit Hinsicht auf die Umsatzsteuer und die Herstellerzusatzsteuer (Zusatzumsatzsteuer). Zur Frage der Konzernierung der Schuhwirtschaft in Westdeutschland, Großbritannien, Frankreich, der Schweiz und den Vereinigten Staaten hat Hotz interessantes Tatsachenmaterial zusammengetragen, das großenteils eigenen Erhebungen entstammt. Im dritten Teil, der besonders den wirtschaftstheoretisch orientierten Leser auf seine Ko-

sten kommen läßt, handelt der Autor Marktform und Verhaltensweise in der Schuhwirtschaft ab und bedient sich hierbei aller gängigen Kategorien und Erkenntnishilfen der Marktformenlehre und Verhaltensforschung, während der abschließende vierte Teil die Auswirkungen der wirtschaftlichen Integration Westeuropas auf Charakter und Struktur der westdeutschen Schuhwirtschaft abzuschätzen sucht. In einer knappen Schlußbetrachtung rekapituliert der Autor seine Untersuchungsergebnisse mit Bezug auf die gegenwärtigen und künftigen Marktbedingungen und gelangt zu der These, daß es erst dann Aufgabe des Gesetzgebers und der staatlichen Behörden werden kann, auf den Wettbewerb in allen Bereichen der Wirtschaft einzuwirken, „wenn die freien Marktkräfte nicht mehr fähig sind, eine den Grundsätzen unserer sozialen Marktwirtschaft entsprechende Markordnung aufrechtzuerhalten“ (S. 322).

Die systematisch weit ausholende und gediegene Schrift erweist ihren Verfasser als kenntnisreichen und urteilssicheren Volks- und Betriebswirt, der mit allen ökonomischen und technologischen Details der Schuhindustrie vertraut ist. Sie konnte nur von einem auch in der Praxis versierten Autor zustande gebracht werden, der auch hinter die Kulissen blickt und in jenen Fakten Bescheid weiß, die sich nicht in Zahlen fassen lassen. Freilich erkennt der aufmerksame Leser hin und wieder in und zwischen den Zeilen, von welcher Warte aus der Autor beobachtet und gewertet hat. Vielleicht hätte man sich eine noch vertiefte Auseinandersetzung mit dem Pro und Contra der Wirtschaftskonzentration — etwa im Anschluß an die Kontroverse zwischen *Lenel* und *Marbach* — wünschen dürfen. An der Verteilung von Licht und Schatten hätte dies aber hier kaum etwas geändert.

Antonio Montaner, Mainz

*Berta Backe-Dietrich*: Der Binnenhandel mit Konsumgütern in der Sowjetunion. (Band 25 der wirtschaftswissenschaftlichen Veröffentlichungen des Osteuropa-Institutes an der Freien Universität Berlin.) Berlin 1965. In Komm. bei Duncker & Humblot. 220 S.

Eine Darstellung des Binnenhandels mit Konsumgütern in der Sowjetunion, wie und ob er funktioniert oder nicht funktioniert, welche Vergleichsmaßstäbe zu einem freien Handel angelegt werden können und sollen, was aus dem ungeheuren Komplex, der sich hier bietet, herausgegriffen werden kann und was nicht — das ist schon ein Unterfangen großen Ausmaßes. Der Verfasserin ist es gelungen, die ihr gestellte Aufgabe so weit zu lösen, als dies im Rahmen eines Buches von 220 Seiten überhaupt möglich ist.

Die Einleitung weist darauf hin, daß der Versuch unternommen wurde, den Binnenhandel mit Konsumgütern in der Sowjetunion darzustellen, wobei mit Rücksicht auf das sowjetrussische Distributionssystem von vornherein feststand, daß nicht der gesamte Binnenhandel der Sowjetunion erfaßt werden konnte, weil ja Produktionsmittel in der Sowjetunion nicht über den Handel, sondern über ein gesondertes Absatzsystem vertrieben werden. Trotzdem muß der



Verfasserin zuerkannt werden, daß sie mit ihrer Arbeit weit über einen Versuch hinausgekommen ist. Was hier geboten wird, ist ein umfassendes, in Darstellung und Systematik interessantes und klares Bild der Verhältnisse im Sowjethandel. Begriffe, Funktionen, historische Entwicklung, Handelssysteme in Groß- und Einzelhandel, Handelsformen, Planungs- und Finanzsystem, Handelsverflechtungen zwischen Industrie, Großhandel und Einzelhandel sind ebenso behandelt wie Einzelheiten im Spiegel sowjetischer statistischer Angaben, Probleme des sowjetischen Handelssystems, die nicht aus dem System der sowjetischen Planwirtschaft resultieren, die vom System der sowjetischen Planwirtschaft mit verursacht sind oder unmittelbar aus ihm entspringen, werden behandelt. Schließlich hat die Verfasserin es unternommen, die Gesamtleistung und die Entwicklungstendenzen des Sowjethandels nach Produktivität, Rentabilität und Wirtschaftlichkeit zu beurteilen und in die Zukunft weisend aufzuzeigen. Das Inhaltsverzeichnis, aus welchem diese Angaben entnommen sind, verspricht nicht zu viel.

Es ist nicht möglich, einen umfassenden Einblick in die Darstellung zu geben; dafür ist die behandelte Materie zu umfangreich und die Darstellungsweise zu intensiv. Ein paar Schlaglichter zeigen am besten, was hier geboten wird: Wenn es heißt, daß der Sowjethandel im Gegensatz zum Handel in marktwirtschaftlichen Ländern in hohem Maße eine staatliche oder eine vom staatlichen Willen geprägte Organisation ist, so überrascht es, wenn aus den folgenden Darlegungen zu entnehmen ist, in wie großem Umfange doch noch Unternehmerisches und persönliche Disposition eine Rolle spielen, ja dafür unentbehrlich sind, daß das absatzwirtschaftliche Geschehen auch nur in etwa gelingt.

„Der Sowjethandel ist im Gegensatz zum Handel in marktwirtschaftlichen Ländern in hohem Maße eine staatliche oder eine vom staatlichen Willen geprägte Organisation. Die Tätigkeit der Handelsorganisationen, die Zahl der Handelsbetriebe, deren Einrichtungen, ihr Umsatz, die Zahl der im Handel Beschäftigten, die Lagerhaltung, sogar die Handelskosten und der Gewinn werden weitgehend staatlich geplant und festgesetzt.“ Diesem Satz steht die Feststellung gegenüber, daß trotz staatlicher Planung und Zuteilung die Möglichkeit besteht, das Sortiment durch „nichtgeplante dezentralisierte Waren“ zu ergänzen.

Sehr aufschlußreich ist eine Gegenüberstellung der Ausführungen in der sowjetischen wirtschaftswissenschaftlichen Literatur über die Funktionen des Sowjethandels mit den Funktionen des Handels in der Wirtschaft nach Rudolf Seyffert.

Was zur historischen Entwicklung von den grundlegenden Maßnahmen der Bolschewiki im Dekret vom 14. November 1917 an bis auf die Gegenwart mitgeteilt wird, trägt viel zum Verständnis der heutigen Situation bei. — Ein ganzes Kapitel ist der Organisation des Sowjethandels gewidmet, in die man sich hineindenken muß, um

den Gang der Dinge richtig bewerten, das Planungs- und Finanzsystem richtig beurteilen und die statistischen Angaben wenigstens in etwa deuten zu können. — Die Handelsverflechtungen zwischen Industrie, Großhandel und Einzelhandel mit ihrer Bindung an die Planungsbürokratie, aber auch die modernen Entwicklungen bis in den Versandhandel hinein werden gezeigt und gewertet. — Besonders interessant ist die zusammenfassende Darstellung der Probleme des sowjetischen Handelssystems, die nach einer Beobachtung vieler Einzelheiten etwaige Lücken im Zusammenhang auszufüllen versteht und dem westlichen Beobachter, gleichgültig, welcher Disziplin er angehört, ein anschauliches Bild von den tatsächlichen Verhältnissen gibt. — Auch die Qualität der Ware, das Ansehen des Handels in der Öffentlichkeit, das Verhältnis Stadt und Land, die Berufsausbildung und die Verbrauchersituation werden nicht übersehen. Ein Schlaglicht auf die Grundhaltung im Sowjethandel gibt der Satz „Nun ist jedoch der Sowjethandel als Distributionsform in einer Planwirtschaft hinsichtlich des Grades seiner Aufgabenerfüllung in erster Linie nicht an der Bedürfnisprüfung der Verbraucher orientiert, sondern an der Planerfüllung.“ Bei einer planmäßigen Koordination von Angebot und Nachfrage in der Sowjetunion kann aber die Produktion nur unter großen Schwierigkeiten und mit langen Verzögerungen den sich laufend verändernden Verbraucherwünschen angepaßt werden.

Rentabilität, Wirtschaftlichkeit, Entwicklungstendenzen, Reformen, sowjetische Vorstellungen für den Fall einer künftigen kommunistischen Gesellschaftsordnung und vieles mehr werden besprochen; ein umfangreiches Literaturverzeichnis berücksichtigt Jahrbücher und Nachschlagewerke, selbständige Bücher und Schriften, Beiträge in Zeitschriften und Zeitungen und Periodica aus allen Lagern des Westens und des Ostens. Ein Sachregister fehlt; es wäre trotz des gut gegliederten Inhaltsverzeichnisses angesichts der Vielfalt der behandelten und berührten Fragen wertvoll.

Alles in allem verdient es die Arbeit, daß sie in weite Kreise nicht nur der Wissenschaft, sondern auch der Verwaltung und der Praxis in der Bundesrepublik gelangt und dort gelesen wird. Eine Kenntnis der Verhältnisse im Sowjethandel ist nicht nur für ein Spezialinteresse, sondern weit darüber hinaus von Bedeutung. Sie kann durch die Arbeit von Berta Backe-Dietrich auf die beste Weise erlangt werden.

Walter Britsch, Bonn

*Erich Egner (Hrsg.): Aspekte des hauswirtschaftlichen Strukturwandels. Berlin 1967. Duncker & Humblot. 219 S.*

Mit diesem dritten Beitragsheft werden einige wichtige Aspekte des strukturellen Wandels aufgezeigt, denen die Hauswirtschaft unter dem Einfluß der wirtschaftlichen Dynamik im industriellen Zeitalter unterworfen ist: Damit werden zugleich die vordringlich zu lösenden Probleme und zu bewältigenden Aufgaben im Bereich der Hauswirtschaft



gekennzeichnet. Die Veröffentlichung umfaßt drei Teile: Im Teil I, der die Grundfragen behandelt, setzt sich *Egner* mit den Gründen für das in der heutigen Gesellschaft nur geringe Verständnis für Bedeutung und Rolle der Hauswirtschaft auseinander und zeigt gleichzeitig die menschlichen, ökonomischen und sozialen Probleme auf, die seitens der heutigen Generation hinsichtlich der künftigen Formen der Haushaltsführung und der Ordnung des Haushaltsgeschehens zu lösen sind. Der Strukturwandel hat wichtigste Vorgänge im Bereich von Familie, Haushaltseinrichtungen und Haushaltsführung betroffen, so insbesondere das Hausarbeitsproblem, das Marktproblem und das Finanzproblem. Um die sich hier abzeichnenden neuen Aufgaben zu bewältigen, bedarf es einer grundsätzlichen Besinnung auf die in hauswirtschaftlicher und volkswirtschaftlicher Sicht anzustrebenden Lösungen.

Der Beitrag von *Stella Seeborg* befaßt sich mit den Wechselwirkungen zwischen Erwerbswirtschaft und Konsumwirtschaft und dem Einfluß des technischen Fortschritts auf den Haushaltsbereich, der u. a. zu einer Verschiebung im Wertgefüge von Arbeit und industriellem Güterangebot, zu Wandlungen in der Struktur der Erwerbspersonen und zu entsprechenden Änderungen im Verhalten der Haushalte geführt hat. Um die Arbeitsproduktivität auch innerhalb des Haushalts zu erhöhen, erfolgt ein verstärkter Einsatz technischer Sachgüter mit dem Ziel einer weiteren Freisetzung von Arbeitskräften für die Erzielung von Erwerbseinkommen. Die rückläufige Bedeutung des Eigentums als Existenzgrundlage der Haushalte, die zunehmende außerhäusliche Erwerbstätigkeit der Frau, der wachsende Anteil der mitverdienenden Haushaltsmitglieder u. a. m. haben zusammen zu einer Nivellierung der Lebenshaltung und der Versorgung der Haushalte beigetragen. Die im Zuge dieser Entwicklung neu herausgebildeten Formen des Haushaltseigentums (sog. Konsumvermögen) beeinflussen die Geldvermögensbildung, die Nachfrage nach und die Produktion von Haushaltssachvermögen, zugleich auch die arbeits- und erwerbswirtschaftliche Situation im Haushalts- und im Unternehmensbereich.

Im Teil II wird den Strukturwandlungen in drei wichtigen Bereichen der Hauswirtschaft nachgegangen. Frau *Marschall* behandelt die Wandlungen im Bereich der Gesundheitspflege, L. *Schneider* die Ernährung in ihrer Bedeutung für die Hauswirtschaft und von *Poser* und *Groß-Nedlitz* die Wandlungen in der Vorratswirtschaft der Familienhaushalte. Dabei bauen diese drei auf Analysen auf, die auf die Herausarbeitung der neuesten Formen der Haushaltsführung ausgerichtet sind und jeweils auf einem sorgfältig erarbeiteten, breiten empirischen Tatsachenmaterial basieren, das z. T. die Entwicklung in den letzten hundert Jahren auf diesem Gebiet berücksichtigt. Bei einzelnen Tabellen vermißt man allerdings das Vertrautsein mit dem statistischen Handwerk (z. B. 53/54).

Im Teil III wird den Folgerungen nachgegangen, die sich in volkswirtschaftlicher Sicht aus dieser Analyse der materialen Probleme von Haushalt und Hauswirtschaft ergeben und die die Notwendigkeit der Einordnung des Haushalts und der Haushaltsführung in die gesamt-

wirtschaftliche Betrachtung betonen. „Wenn wir die Aufgabe der Hauswirtschaft in unserer Zeit nicht verstehen, so zieht das zwangsläufig eine Fehldeutung der ganzen Wirtschaft nach sich“ (Egner, S. 46). Der Haushalt als Träger der Unterhaltswirtschaft muß zwangsläufig im Zusammenhang der Volkswirtschaft gesehen werden und bildet den Ansatz für eine Neuorientierung des volkswirtschaftlichen Denkens, wie sie bereits nach dem zweiten Weltkrieg (in den USA bereits in den dreißiger Jahren) durch die stärkere Berücksichtigung des Menschen und der menschlichen Verhaltensweisen für den Wirtschaftsablauf eingeleitet wurde.

Es ist zu hoffen, daß dieses Buch dazu beitragen wird, die sich im Haushalt als Träger der Unterhaltswirtschaft vollziehenden Vorgänge stärker als bisher in die Wirtschaftstheorie und die wirtschaftspolitische Betrachtung einzubeziehen.

Helga Schmucker, Gießen

*Erich Schäfer: Grundlagen der Marktforschung. Marktuntersuchung und Marktbeobachtung. 4. Neubearb. Aufl. Köln/Opladen 1966. Westdeutscher Verlag. 542 S.*

Curt Sandig schrieb 1955 in einer Würdigung der 2. und 3. Auflage des Werkes von Erich Schäfer: Es ist eine „Tatsache, daß weitgreifende Arbeiten aus anderer Sicht nach der Auflage von 1940 nicht erschienen sind“. Anläßlich der 4. Auflage der „Grundlagen der Marktforschung“, die nun vorgelegt wird, kann diese Feststellung nur uneingeschränkt wiederholt werden. Erich Schäfers „Marktforschung“ beherrscht seit Jahrzehnten als Standardwerk dieses Teilgebiet der Betriebswirtschaft, das eigentlich erst nach dem Kriege seine immense Bedeutung erlangt hat und dann auf breiter Front wissenschaftlich durchdrungen wurde.

Das Buch Schäfers ist das Ergebnis eines langen Entwicklungsprozesses. Bereits 1924 wurde die Thematik in der Diplomarbeit aufgenommen und 1926 in der Dissertation vertieft. Dann erschienen in fast rhythmischer Folge 1928, 1940, 1953, 1966 die vier Auflagen des Werkes. Seine entscheidende Formung erhielt es bereits 1940. Der damals erarbeitete systematische Aufbau, die begriffliche Gliederung erweisen sich nach wie vor als brauchbar, wobei sich die neuen Ergebnisse dem System wie selbstverständlich einfügen lassen.

Schäfer behandelt im ersten Teil Wesen, Gliederung und Aufgaben der betriebswirtschaftlichen Marktforschung. Der zweite Teil beschäftigt sich mit der Marktuntersuchung oder Marktanalyse, wobei auf den Untersuchungsgegenstand, die Verfahren der Untersuchung und Auswertung eingegangen wird. Im dritten Teil werden die Marktverschiebungen und Marktschwankungen als Gegenstand der Marktbeobachtung und die Methoden der Beobachtung untersucht.

Die Veränderungen der 4. gegenüber der 3. Auflage zeigen sich — abgesehen von einzelnen Erweiterungen und der Aktualisierung der Zahlen und Beispiele — im wesentlichen in zweifacher Hinsicht:

Zum einen vertieft Schäfer seine Ausführungen über das Wesen der Marktforschung als einer Funktion der Unternehmung. Die betrieb-



liche Marktforschung — und nur sie ist Gegenstand der Untersuchung — ist auf die Erforschung des betriebssubjektiven Marktes unter Beobachtung der jeweiligen betriebspezifischen Bedingungs-lage gerichtet. Der verwendete Marktbegriff hebt sich insofern deutlich vom Markt im objektiven Sinn ab, wie er Gegenstand volkswirtschaftlicher Betrachtung ist. Zum anderen werden insbesondere die neuen Erkenntnisse in den Techniken der Marktforschung in das Buch eingearbeitet. Es handelt sich hierbei um die Auswahlverfahren und Befragungstechniken bei der Marktanalyse sowie innerhalb des dritten Teils über die Marktbeobachtung um die Trendberechnungs- und Prognoseverfahren.

Dankbar begrüßt der Leser die jeweils angeführten amerikanischen Spezialausdrücke, die ihm das Zurechtfinden in der umfangreichen amerikanischen Spezialliteratur erleichtern, sowie das sinnvoll aufgebaute und auf den neuesten Stand gebrachte Literatur-Verzeichnis.

Schäfers „Marktforschung“ ist als wissenschaftliches Werk für den in die Marktforschung Eindringenden hervorragend geeignet. Doch auch der Praktiker, der immer Gefahr läuft, den klaren Blick für die Zusammenhänge innerhalb des gesamten Wissensgebietes zu verlieren, wird die geschlossene Darstellung sehr begrüßen.

Wolfgang Majer, Berlin